

**EDITORIAL****Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

wie Sie vielleicht schon vermuten, steht in der diesjährigen Ausgabe der MAIZEITUNG die nahende Bundestagswahl im Vordergrund. Schließlich ist es eine gute Möglichkeit für uns, von den Politiker/innen einen Kurswechsel zu mehr sozialer und finanzieller Gerechtigkeit zu fordern. Wir liefern nicht nur einen Überblick über die wichtigsten Forderungen des DGB, sondern haben darüber auch mit IG Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger und dem alternativen Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel gesprochen.

Dabei haben wir auch jene im Blick, die von Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. In einem Interview mit der MAIZEITUNG sagt Landessozialpfarrer Matthias Jung, was er von der Politik mit Blick auf Hartz IV erwartet. Wir beleuchten einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose, den das Land nach langer Lobbyarbeit von DGB und Arbeitsloseninitiativen endlich einführen will.

Ein weiterer Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe ist der Rechtspopulismus. Wir berichten darüber, was im Betrieb dagegen getan wird. Eine Expertin gibt Kommunalpolitiker/innen Tipps, wie sie am besten mit der AfD in den Räten umgehen. Und wir fühlen dieser Partei auf den Zahn, was ihre Rolle als vermeintlicher »Anwalt der kleinen Leute« anbelangt.

Kai Weber, Geschäftsführer des Niedersächsischen Flüchtlingsrats, wirft im Interview mit der MAIZEITUNG einen Blick ins Unterholz der offiziellen Flüchtlingspolitik. Ein Beitrag bringt Licht ins Dickicht um das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA und erläutert die Gefahren für die Beschäftigten. Lehrkräfte beklagen massive Arbeitsüberlastung, sie leisten jedes Jahr Millionen unbezahlter Überstunden. Wir berichten über Studienergebnisse und die von der GEW geforderten Konsequenzen. Weitere Beiträge, etwa zur Digitalisierung der Arbeitsplätze, und die Maiprogramme im Innenteil der Zeitung runden die Berichterstattung ab.

Ich wünsche Ihnen viel Interesse bei der Lektüre! Und ich lade Sie ein: Nehmen Sie an unseren Maikundgebungen teil!

Ihr  
**Reiner Eifler**  
DGB-Regionsgeschäftsführer

## Wir sind viele – Wir sind eins

Der DGB ruft am 1. Mai zu einem entscheidenden Kurswechsel auf. Die Politik in Deutschland und Europa muss sich in eine andere Richtung entwickeln! Populismus, Politikverdrossenheit und Protestwählerturn dürfen unsere Zukunft nicht gefährden. Doch die Auflösung des sozialen Zusammenhalts durch jahrzehntelange neoliberale Politik spielt unseren Gegner\*innen in die Hände. Das muss sich ändern!

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt. Privatisierungen bislang öffentlicher Aufgaben, neue Formen der Arbeitsorganisation und komplexe Wertschöpfungsketten verunsichern die Menschen. Zusätzlich erzeugt die Digitalisierung neue Umbrüche, auf welche die Politik rasch Lösungen finden muss. Bewährte Schutzstandards für die Beschäftigten werden infrage gestellt. Notwendig ist deshalb, die Mitbestimmung im Sinne der Beschäftigten auszuweiten und zu modernisieren. Wir brauchen keine technikzentrierte Debatte, sondern eine Politik, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht.

Statistisch sind in Deutschland so viele Personen erwerbstätig wie noch nie. Die Wachstumsraten sind zwar niedrig, aber stabil. Die Auftragsbücher der Unternehmen quellen über, der Export erreicht neue Rekordhöhen, die Steuereinnahmen sind hoch. Trotzdem ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-Aufstocker\*innen in unserem Land nicht gesunken. Die Kinderarmutsquote ist skandalös hoch. Und nach wie vor finden wir in Deutschland einen der größten Niedriglohnssektoren in Europa. Das Ren-



Seit 2014: Maikundgebung auf dem Tramplatz.

Foto: Steffen Holz

tensystem wankt seit Jahrzehnten. Die Politik hat es zugelassen, dass die gesetzlichen Rentenansprüche auf Armutsniveau herabstürzen. Hier besteht dringender Korrekturbedarf. Kindern, alten Menschen, Erwerbslosen und Erwerbstätigen muss ein Leben in Würde möglich sein! Die Kluft zwischen Arm und Reich darf nicht weiter wachsen!

Für mehr Gerechtigkeit bei Löhnen und Gehältern ist es erforderlich, die Tarifbindung gesetzlich zu stärken. Schluss mit immer weiteren Öffnungsklauseln! Die Politik muss zusätzlich durch eine andere Steuerpolitik für mehr Gerechtigkeit sorgen. Die steuerliche Entlastung von Banken, Reichen und Konzernen muss ein Ende haben. Eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von entscheidender Bedeutung. Schon jetzt

reichen die staatlichen Einnahmen nicht aus, die öffentliche Infrastruktur zu sichern und die notwendigen Sanierungskosten zu decken. Straßen, Brücken, der Wohnungsbau und das Bildungssystem dürfen nicht länger zerfallen. Die »Schwarze Null« als Ziel staatlicher Politik ist eine Sackgasse. Die Politik muss in die Zukunft investieren. Und sie muss den löchrig gewordenen Sozialstaat wieder aufbauen, um die Angst vor sozialem Abstieg, um Zukunftsängste bei den Menschen abzubauen.

Nur so können wir Rechtspopulisten und -extremisten in die Schranken weisen. Sonst geben wir rassistischen und fremdenfeindlichen Kräften freie Bahn. Wir müssen ein klares Profil in den wichtigen gesellschaftlichen Fragen zeigen und allen Menschen in unserem Lande ein Leben in Würde ermöglichen. Dafür kämpfen wir – nicht nur am 1. Mai. ▀



## »Wir brauchen gute Arbeit und sichere Perspektiven«

ver.di-Landesleiter Detlef Ahting spricht am 1. Mai auf dem Tramplatz in Hannover

Eine gesetzliche Rente, die im Alter ein Leben in Würde garantiert, gute Arbeit im Zuge der Digitalisierung der Arbeitsplätze sowie ausreichend Personal im Krankenhaus- und Pflegebereich – auf diese Punkte will Detlef Ahting in seiner Mairede vor dem Rathaus eingehen. Gerade jetzt vor der nahenden Bundes- und Landtagswahl gelte es, die Politik an ihre Verantwortung zu erinnern und einen Kurswechsel zu mehr sozialer und finanzieller Gerechtigkeit einzufordern, sagt der 55-Jährige. Auch weitere Forderungen der Gewerkschaften an die Politik werden daher in seiner Rede eine Rolle spielen.

Detlef Ahting wurde 1961 in Brake an der Unterweser geboren, dort machte er auch sein Abitur. Als Jugendlicher engagierte er sich politisch bei den Falken. Sein gewerkschaftliches Engagement begann schon zur Schulzeit in der DGB-Jugend. In der ÖTV wurde er während des Zivildienstes und der darauf folgenden Anstellung bei der Stadt Brake aktiv. Das anschließende Studium der Sozialwissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg schloss Ahting 1989 mit dem Diplom ab. Danach setzte er seinen beruflichen Weg als Bildungsreferent bei den Falken in Braunschweig fort.

Ein beruflicher Wechsel zum Gewerkschaftssekretär brachte ihn dreieinhalb Jahre später in die Kreisverwaltung Wolfenbüttel der ÖTV nach Helmstedt, wo er 1997 zum Geschäftsführer bestellt wurde. Mit der Gründung von ver.di im Jahr 2001 übernahm

Detlef Ahting die Gewerkschaftsführung im Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen. Seit dem Zusammenschluss von drei ver.di-Bezirken im Jahr 2006 zur Region Süd-Ost-Niedersachsen war er als Geschäftsführer in Braunschweig tätig. Im März 2011 wurde er zum ver.di-Landesleiter für Niedersachsen-Bremen gewählt und vor zwei Jahren in seinem Amt bestätigt. Gute Arbeit und sichere Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen zu schaffen, umreißt er eine der Leitlinien seiner Arbeit.

Bei seinem dichten Terminkalender bleibt für Privates kaum Zeit. Umso mehr genießt es

Detlef Ahting, wenn er am Wochenende mal einen nordischen Krimi lesen kann und Zeit zum Kochen hat. Wenn »es irgendwie klappt«, fährt er ein- oder zweimal im Jahr zum Segeln an die Nordsee. Im Urlaub zieht es ihn zusammen mit seiner langjährigen Lebensgefährtin in die Bretagne oder nördliche Gefilde, vor allem nach Norwegen. Die »Alpen am Meer« und das Meer mit seiner Urkraft haben es ihm angetan. Detlef Ahting wohnt in Braunschweig. ▀

**DETLEF AHTING**

Foto: M. Klump

## Mai-Abzeichen nicht mehr als Fahrschein nutzbar!



Seit Jahrzehnten waren in Hannover Mai-Nelke und Mai-Pin am 1. Mai als Fahrschein für den öffentlichen Personennahverkehr nutzbar.

### Damit hat die Steuerverwaltung jetzt Schluss gemacht!

Das für den DGB-Bundesvorstand zuständige Finanzamt in Berlin stellte während einer Routinekontrolle fest, dass die Personenbeförderung nicht zu den satzungsgemäßen Aufgaben des DGB und der Gewerkschaften gehöre. Es handele sich bei dieser Dienstleistung um eine gewerbliche Tätigkeit, die für den DGB und die Gewerkschaften erhebliche Steuerforderungen nach sich ziehen würden. Alle unsere Versuche, eine Ersatzlösung zu finden, sind leider gescheitert. Wir bitten um Verständnis.

**Zur Vermeidung von Ordnungsstrafen wegen »Schwarzfahrens« bitten wir daher alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen Maifeier am Tramplatz: Kauft und benutzt individuelle Tickets für Busse und Bahnen im Großraum-Verkehr Hannover! Weitere Informationen unter: [www.gvh.de](http://www.gvh.de) und Seite 12.**

# »Agenda 2010 beenden, gesetzliche Rente stärken, öffentliche Investitionen tätigen!«

Trotz schwieriger globaler Rahmenbedingungen legte die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr mit 1,9 Prozent stärker zu als erwartet. Die Beschäftigung liegt auf Rekordniveau. Gleichzeitig wirft die nahende Bundestagswahl ihre Schatten voraus. Die MAIZEITUNG sprach darüber mit Rudolf Hickel, emeritierter Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Bremen.



**RUDOLF HICKEL (75)** war bis zu seiner Emeritierung Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Bremen. Er ist heute am Institut Arbeit und Wirtschaft tätig, dem er bis 2009 als Direktor vorstand. Hickel war 1975 Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die jeweils zum 1. Mai ein Gegengutachten zum jährlichen Gutachten der »fünf Wirtschaftsweisen« herausgibt und ist bis heute dort aktiv.

Foto: privat

**MAIZEITUNG: Was sind die Gründe für die gute wirtschaftliche Entwicklung hierzulande?**

**Rudolf Hickel:** Die gute wirtschaftliche Entwicklung ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die Binnenkaufkraft, also der private Verbrauch gestiegen ist. Die Gründe dafür sind ein Anstieg der Reallöhne, die vor allem tariflich erkämpft worden sind, und die Mindestlöhne. Das bestätigt diejenigen, die sagen, dass die Stärkung der Lohn- beziehungsweise Arbeitseinkommen gesamtwirtschaftlich erfolgreich ist. Wir haben auch eine relativ gute Exportentwicklung. Im Grunde genommen ist das Jahr 2016 ein Lehrjahr, weil es die neoliberale These widerlegt, steigende Reallöhne würden immer die Exportentwicklung bremsen.

**Haben auch Geflüchtete die Konjunktur belebt?**

Da muss man allen rechtspopulistischen Kritikern entgegen, über die humane Verantwor-

tung hinaus trägt der Großteil der Ausgaben für Flüchtlinge ökonomisch zu einer gesamtwirtschaftlichen Nachfragestärkung bei.

**Die Beschäftigung liegt zwar auf Rekordniveau, aber viele Beschäftigte müssen für Niedriglöhne rackern.**

Die große Herausforderung ist die Spaltung des Arbeitsmarktes seit der Agenda 2010. Nicht-Vollzeitarbeitsplätze und prekäre Arbeitsplätze haben im Verhältnis zu guter Arbeit zugenommen. Das ist auch eine Art von Arbeitslosigkeit seit Hartz IV nach dem Motto: Ihr habt zwar Beschäftigung, aber könnt nicht richtig davon leben. Man muss dafür sorgen, dass endlich auch vollwertige Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Da gibt es jetzt viel zu tun gegenüber Leiharbeit, nicht gewollter Teilzeit und willkürlich befristeten Arbeitsplätzen.

**Was fordern Sie von der Politik?**

Die Politik muss an die Basis dessen rangehen, was arbeitsmarktpolitisch in Deutschland

falsch gemacht wurde, und das war natürlich die Agenda 2010. Ich habe mich über Martin Schulz gefreut. Wenn der jetzt sagt, wir müssen bei der Agenda zumindest die fundamentalen Fehlentwicklungen rückgängig machen, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Ich beobachte einen Lernprozess in der Politik. Der erste Lernprozess war: Aufgrund der Zunahme von working poor durch die Prekariisierung der Arbeit folgte die Einführung des Mindestlohns, der noch viel deutlicher weiterentwickelt werden muss. Das große Projekt wird jetzt sein, das Wachstum zu stabilisieren und es bei den Menschen ankommen zu lassen durch vollwertige Arbeitsplätze.

**Was fordern Sie im Zuge der nahenden Bundestagswahl noch von der Politik?**

Die zweite Baustelle sind die notwendigen öffentlichen Zukunftsinvestitionen. Zur Bilanzierung der vergangenen Jahre gehört, dass die Austeritätspolitik gescheitert ist, dass man nur noch die Frage gestellt hat, wie der Staat die Schuldenbremse einhalten kann. Das hat in wachsendem Ausmaß Defizite bei der öffentlichen Infrastruktur verursacht. Wir haben einen schreienden Bedarf an öffentlichen Investitionen im Wohnungsbau, in die Verkehrsinfrastruktur wie marode Straßen und Brücken. Und wir müssen endlich begreifen, dass Ausgaben ins Bildungssystem auch Investitionen in die Zukunft sind. Wir haben unsere internationalen Vorteile nur aufgrund von intelligenter Produktion, von Qualifizierung und allem, was damit zusammenhängt. Das muss alles seriös finanziert werden: zum Teil durch eine andere Steuerpolitik, aber in bestimmten Bereichen auch durch die Schuldenaufnahme. Auch künftige Generationen profitieren von dem, was wir heute vernünftig investieren.

Die dritte Baustelle, die auch im Wahlkampf eine große Rolle spielen wird, ist das gesetzliche Rentensicherungssystem. Wir wissen heute,

dass die damalige Rechtfertigung von Ex-Bundeskanzler Schröder nicht funktioniert hat, nämlich zu sagen: Wir bauen die gesetzlichen Rentenansprüche ab, wohl wissend, dass sie nicht mehr existenzsichernd sind. Das Ganze werde ja kompensiert durch eine private Kapitalvorsorge unterstützt durch die Riesterrete. Dieses Modell ist gescheitert! In den nächsten Jahren wird die Altersarmut massiv zunehmen, wenn sich die Bedingungen nicht ändern. Ich formuliere es mal so, wie es im Konzept der sozialen Marktwirtschaft in den 1950er Jahren stand: Ob jemand im Alter einigermaßen auskömmlich leben kann, darf bei den abhängig Beschäftigten nicht von deren Einkommensverhältnissen abhängig gemacht werden. Einkommensschwache Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine auskömmliche Rente erzielen, sich vor allem auch keine Riesterrete leisten können, müssen gesetzlich geschützt werden. Deshalb ist die Forderung nach einer Solidarrente, die auch IG Metall fordert, völlig richtig.

**Von der Eurokrise hört man kaum mehr etwas in den Medien. Ist die jetzt überwunden?**

Nein. Bei Griechenland zeigt sich, dass die Bundesregierung gar nichts gelernt hat. Es wird stur das neoliberale Konzept des Einsparens bei den Staatsausgaben verordnet. Die Mehrheit der Bevölkerung ist aber gar nicht mehr in der Lage, diese Kürzungen auszuhalten, weil sie schon so viele Einsparleistungen erbringen musste. Der Internationale Währungsfonds sagt, Griechenland braucht einen Schuldenschnitt, was das vernünftigste wäre. Zweitens brauchen wir eine einheitliche und damit strengere Regulierung des Bankensystems im Euroraum. Da gibt es bisher immer wieder Ausnahmen. Und man müsste die wirtschaftliche Integration vorantreiben. Beispielsweise durch ein gemeinsames Modell des Schuldenmanagements, damit die Krisenländer wegen der Schuldenlast nicht ständig eine falsche Wirtschaftspolitik machen müssen. ▀

## Bildungspartner für:

- Betriebs- und Personalräteschulungen
- After Work Bildung
- Immaturenkurse
- Fachtagungen
- Gesundheitsbildung

**berufsbegleitende Weiterbildung:**

- Coaching
- Supervision
- Mediation
- Train the Trainer
- Reiss Profile u.v.m.

**bildungswerk ver.di**  
www.bw-verdi.de  
www.betriebs-rat.de  
www.personal-rat.de

**QuBE**  
Qualifizierung und Bildung für Erwachsene im Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V.  
www.erfolgreich-weiterbilden.de

Region Hannover-Hildesheim  
Goseriede 10 · 30159 Hannover  
Telefon: +49(0)511/12 400 410  
Telefax: +49(0)511/12 400 420  
E-Mail: hannover@bw-verdi.de oder hannover@erfolgreich-weiterbilden.de

Gern senden wir unser aktuelles Programm zu.

**GVH** | Unterwegs im Leben

Mobil mit dem TagesEinzelTicket  
**Mobiler ist jetzt noch flexibler**

Preiswert und spontan unterwegs: Mit dem TagesEinzelTicket aus dem Mobilitätsshop legen Sie die Wege in der Region Hannover noch bequemer und einfacher zurück.

**Kaufen Sie das TagesEinzelTicket jetzt online.**

gvh.de

**unidruck**

**unidruck GmbH & Co KG**  
Offset- und Digitaldruck  
Banner und Plakate

Weidendamm 19  
30167 Hannover  
Telefon 0511-7 000 000  
info@unidruck.de  
www.unidruck.de

**Das merk ich mir!**

- Arbeitsrecht
- Mietrecht
- Reiserecht
- Strafrecht
- u.v.m.....

**Rechtsanwälte**  
Thannheiser und Koll.

Rühmkorfstraße 18  
30163 Hannover

Telefon (0511) 990 490  
Telefax (0511) 990 49 50  
rechtsanwalt@thannheiser.de

www.thannheiser.de

# Bückerburg: Fränkische Rohrwerke machen dicht

Nach dem Aus für Alcatel und Otis, dem Arbeitsplatzabbau beim Autositzhersteller Faurecia – die MAIZEITUNG berichtete in ihrer Ausgabe 2013 – und beim Pumpenhersteller Bornemann ist im Landkreis Schaumburg ein weiterer Aderlass an industriellen Arbeitsplätzen zu beklagen. Die Fabrik der Fränkischen Rohrwerke in Bückerburg schließt für immer ihre Werkstore, 34 Beschäftigte verlieren damit ihren Arbeitsplatz. Erhalten bleiben nur wenige Arbeitsplätze im Vertrieb. Die Unternehmensleitung bot zwar an, die Kolleg(inn)en an den beiden verbleibenden Standorten in Bayern und Brandenburg zu übernehmen, wohin die Fertigung verlagert wird. Da aber fast alle dem Betrieb seit 20 oder sogar mehr als 40 Jahren angehören, kommt aus Altersgründen ein Wechsel für kaum jemanden infrage.

Mit dem Aus für die Produktion endet eine mehrjährige Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung um den Tarifvertrag. Begonnen hatte es mit der Forderung des Arbeitgebers, vom Tarif-



**Schockiert: Kurz vor Aufnahme dieses Fotos auf dem Werksgelände erfuhren die Beschäftigten, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren.**

Foto: Marian Serafin

vertrag abzuweichen. Zur Begründung verwies die Unternehmensleitung auf das Mutterwerk im bayerischen Königsberg, wo eine Abweichung seit Jahren Realität ist. Die Beschäftigten müssen nicht nur viel unbezahlte Mehrarbeit leisten, auch Tarifierhöhungen werden erst mit einer Zeitverzögerung von

einem Jahr an die Mitarbeiter/innen weitergegeben. Zahlen, die ein Abweichen vom Tarifvertrag für das Bückerburger Werk begründen würden, konnte der Arbeitgeber nicht vorlegen. Später behauptete er, das Werk arbeite nicht wirtschaftlich, lasse keine notwendige Standorterweiterung zu und müsse deshalb

geschlossen werden. Kommunal- und Landespolitik stellten daraufhin andere Standorte und Fördergelder in Aussicht, die aber den geschäftsführenden Gesellschafter und alleinigen Inhaber nicht umstimmen konnten. »Das Ganze ist eigentlich eine Sauerei und ein Skandal«, schimpft Betriebsratsvorsitzender Ralf Meier. Auch die Behauptung, das Werk arbeite nicht wirtschaftlich, sei überhaupt nicht nachvollziehbar.

Immerhin konnte der Betriebsrat zusammen mit der IG Metall im Durchschnitt 100.000 Euro Abfindung für jeden Beschäftigten aushandeln verbunden mit dem Angebot, in eine Transfergesellschaft zu wechseln. Dort erhalten die Mitarbeiter/innen Kurzarbeitergeld von der Arbeitsagentur, das der Arbeitgeber auf 80 Prozent des ehemaligen Lohns aufstockt. Gegen die Transfergesellschaft mit ihren Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung hatte sich die Unternehmensleitung lange gesträubt. Sie lenkte erst ein, nachdem sich auch die Arbeitsagentur dafür ausgesprochen hatte. ▀

# McDonalds und Co: »Nur drei Cent über dem Mindestlohn sind eine Provokation«



Foto: NGG Region Hannover

Der Bundesverband der Systemgastronomie, in dem Schnellrestaurantbetreiber wie McDonalds, Burger King, Starbucks, Nordsee oder Pizza Hut zusammengeschlossen sind, macht seinem McJob-Image in der aktuellen Tarifaussensetzung alle Ehre. Nach drei Verhandlungsrunden wollten die Arbeitgeber/innen den Lohn in der untersten Tarifgruppe 1, in der besonders viele Beschäftigte arbeiten, von bisher 8,60 Euro auf gerade

einmal 8,87 Euro erhöhen. »Nur drei Cent mehr als der gesetzliche Mindestlohn sind eine Provokation«, betont die hannoversche NGG-Gewerkschaftssekretärin Ilka Kasper. Unter dem Motto »Du hast mehr verdient!« macht die Gewerkschaft mit Warnstreiks und anderen öffentlichen Aktionen Druck. Ihre Forderung für die bundesweit rund 100.000 Beschäftigten: Mindestens sechs Prozent höhere Entgelte bei überproportionaler

»Die Auftragslage im Bauhauptgewerbe ist so gut wie noch nie.«

**Eckhard Stoerner  
IG BAU-Regionalleiter**

Anhebung der Tarifgruppe 2. In diese wechseln die Beschäftigten nach 14 Monaten Betriebszugehörigkeit, bekamen dann aber bis zur Erhöhung des Mindestlohns seit Anfang des Jahres nur fünf Cent mehr als in der Tarifgruppe 1. Außerdem fordert die NGG, die Auszubildendenvergütungen auf 800 Euro im ersten, 900 Euro im zweiten und 1.000 Euro im dritten Ausbildungsjahr zu erhöhen. Von einem Tarifabschluss zwischen NGG und Arbeitgeberverband würden Beschäftigte in rund 2.700 Schnellrestaurants und Cafés in Deutschland profitieren.

Ob Hoch-, Tief- oder Wirtschaftsbau: Die Branche brummt. Trotzdem wollen die Arbeitgeber/innen den Branchenmindestlohn II von 14,70 Euro für Angelernte in Westdeutschland abschaffen. Der zu Grunde liegende Tarifvertrag aus dem Jahr 1998 läuft zum Ende dieses Jahres aus. Die IG BAU fordert dagegen, den Branchenmindestlohn II auch in Ostdeutschland einzuführen, um das Tarifgefälle zwischen Ost und West anzugleichen. Bisher gilt dort ein einheitlicher Branchenmindestlohn von 11,30 Euro für Angelernte und Ungelernte.

Trotz dieses Angriffs der Arbeitgeber ist es für die IG BAU derzeit schwer, die Beschäftigten zu mobilisieren. Wegen der

boomenden Auftragslage interessierten sich nicht viele dafür, berichtet Regionalleiter Eckhard Stoerner. »Die Kolleginnen und Kollegen vergessen dabei, dass der Mindestlohn auch eine marktregulierende Wirkung hat.« Dies könne vor allem wegen des Fachkräftemangels in Westdeutschland wichtig werden. Facharbeiter/innen sind kaum mehr zu bekommen, gleichzeitig sind die Gesellenabschlüsse um 20 Prozent zurückgegangen. Es bestehe die Gefahr, Firmen aus den Neuen Bundesländern zu rekrutieren, sagt Stoerner. Diese sind im Gegensatz zu den westdeutschen Baufirmen aber meist nicht tarifgebunden. Falle zum 1. Januar nächsten Jahres der Branchenmindestlohn II, dann greife automatisch der gesetzliche Mindestlohn, erläutert Stoerner. Dann trete etwa ein Spezialbaufacharbeiter aus Westdeutschland mit einem Tariflohn von 19,09 Euro in Konkurrenz zu einem Kollegen mit einem Stundenlohn von 8,84 Euro. Die Beschäftigten würden massiv unter Lohndruck kommen, mahnt er. Der Bundesvorstand der IG BAU hofft auf eine Einigung bis zum Sommer. Nur dann kann das Bundesarbeitsministerium den Tarifvertrag noch rechtzeitig vor der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes für allgemeinverbindlich erklären. ▀

www.bildungsverein.de

**BILDUNGSURLAUBE  
FÜR ARBEITNEHMER/INNEN**

außerdem Kurse und Wochenendseminare  
zu vielfältigen Themen: Kommunikation,  
Sprachen, Gesundheit, Alltag, Beruf

**BILDUNGSVEREIN**  
SOZIALES LERNEN UND KOMMUNIKATION E.V.  
GEMEINNÜTZIGE EINRICHTUNG  
DER ERWACHSENENBILDUNG  
WEDEKINDSTR. 14 • 30161 HANNOVER  
TEL. 0511 / 344 144 • FAX: 0511 / 338 798 42  
E-MAIL: info@bildungsverein.de

## Klagesmarkt erhält Gedenktafel Anschließend Stadtrundgang

Der Klagesmarkt und Goseriede sind seit weit über hundert Jahren wichtige Orte der Arbeiterbewegung. Hier fanden nicht nur seit Ende des 19. Jahrhunderts große Kundgebungen statt, sondern am und um den Klagesmarkt hatten Gewerkschaften, Arbeiterparteien und deren Organisationen ein überregionales Zentrum. Darüber hinaus gibt es eine tief ins Mittelalter reichende Tradition als Handelsplatz vor den Stadtmauern und ab dem 17. Jahrhundert auch als Schützenplatz. Anlässe genug, dort eine Gedenktafel zu errichten, um die historisch wichtige Funktion nach der Bebauung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

**ERÖFFNUNG GEDENKTAFEL KLAGESMARKT**

Kreuzung Klagesmarkt/Otto-Brenner-Straße (gegenüber DGB)

30. Mai 2017, 16.00 Uhr

Es spricht Bürgermeister Thomas Herrman

Im Anschluß an diese Veranstaltung startet hier ein **STADTRUNDGANG** zu weiteren historischen Orten der Arbeiterbewegung. **Beginn ca. 16:30 Uhr**, Dauer ca. 2 Stunden. Leitung: Michael Pechel, Historiker. Die Teilnahme ist kostenfrei. **Anmeldung bitte an hannover@dgb.de oder 0511.16387-0**



Der digitale Stadtrundgang  
www.zukunft-heisst-erinnern.de

# »Zwei Drittel der Beschäftigten sorgen sich um ihre Rente«

IG Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger zur nächsten Tarifrunde, kommenden Bundestagswahl und über erste Ergebnisse einer großen Beschäftigtenbefragung



**THORSTEN GRÖGER (47)** hat zum Jahreswechsel Hartmut Meine als IG Metall-Bezirksleiter abgelöst, der in den Ruhestand gegangen ist.  
Foto: IG Metall

**MAIZEITUNG:** Sie werden als neuer Chef des IG Metall-Bezirks Niedersachsen/Sachsen-Anhalt auch Tarifverhandlungen führen. Welche Erfahrungen können Sie einbringen?

**Thorsten Gröger:** Ich bin seit 2005 Mitglied der Verhandlungskommission für die Metall- und Elektroindustrie Niedersachsen. Insofern habe ich Erfahrungen mit Tarifverhandlungen in Flächentarifgebieten. Darüber hinaus habe ich natürlich auch Haustarifverhandlungen geführt. Das prominenteste Beispiel ist der bis vor Kurzem noch vorhandene Haustarifvertrag bei der ZF Friedrichshafen AG rund um den Dümmer See für 4.500 Beschäftigte.

**Können Sie schon etwas zu den Forderungen der IG Metall für die kommende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie und bei Volkswagen sagen?**

Wir werden auch mit arbeitszeitpolitischen Forderungen in die nächste Tarifrunde gehen. Aus unserer Sicht hat sich da in den vergangenen Jahren einiges in die falsche Richtung bewegt. Die Flexibilitätsanforderungen der Unternehmen werden immer größer, der Einfluss der Beschäftigten auf ihre Arbeitszeit ist dagegen geringer geworden. Wir haben gerade eine große Befragung zum Thema abgeschlossen, an der sich mehrere hunderttausend Beschäftigte beteiligt haben. Die Auswertung läuft noch, es kristallisieren sich erste Tendenzen heraus: Ganz wichtig ist die Entlastung von Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern vor dem Hintergrund älter werdender Belegschaften.

Ein weiterer Punkt betrifft unterschiedliche Ansprüche an die Arbeitszeit in den ver-

schiedenen Lebensphasen. Unter anderem bei Kindererziehung, Pflege und Qualifizierung steigt das Bedürfnis der Beschäftigten nach Freistellungsmöglichkeiten oder Möglichkeiten, die Arbeitszeit zu reduzieren. Diese Ansprüche wollen wir im Tarifvertrag festschreiben. Damit die Beschäftigten eine reduzierte Arbeitszeit auch finanziert bekommen, brauchen wir eine Beteiligung der Arbeitgeber, also einen Lohnausgleich oder Teil-Lohnausgleich. Als drittes Thema kristallisiert sich das mobile Arbeiten heraus. Hier geht es auch um die Frage, ob und wie Arbeitszeit erfasst und bezahlt wird. Das muss geregelt werden. Und es muss auch ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit für die Beschäftigten geben.

**Bald ist Bundestagswahl. Welches Thema wird für die IG Metall eine große Rolle spielen?**

Wir wollten in der Befragung auch wissen, was den Beschäftigten an politischen Forderungen unter den Nägeln brennt. Zum Beispiel die Rente. Zwei Drittel der Beschäftigten machen sich große Sorgen, dass sie im Alter kein Einkommen haben, von dem sie vernünftig leben können. Das betrifft insbesondere die junge Generation. Aber selbst Kolleginnen und Kollegen, die lange gearbeitet und gut verdient haben, werden im Alter keine Rente haben, die für ein gutes Leben reicht. Das hat zwei Gründe. Der eine ist die allmähliche Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Viele scheiden aber schon vorher aus dem Erwerbsleben, entweder aus gesundheitlichen Gründen oder weil der Arbeitsplatz einfach weggefallen ist. Die Beschäftigten müssen dann schmerzliche Rentenabschläge in Kauf nehmen. Und der

zweite Grund ist die allmähliche Absenkung des Rentenniveaus. Wir sind im Moment bei knapp 48 Prozent. Laut Gesetz soll das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent sinken. Wenn man der Logik des Gesetzes folgt, droht sogar ein weiteres Absinken auf 41 oder 40 Prozent.

**Wie kann die Politik die gesetzliche Rente stärken?**

In einem ersten Schritt muss das weitere Sinken des Rentenniveaus sofort gestoppt werden. In einem zweiten Schritt müsste das Rentenniveau wieder auf mindestens 50 Prozent angehoben werden. Das ist auch finanzierbar. Obwohl die Gesellschaft immer älter wird, wird die Gesellschaft auch von Jahr zu Jahr immer reicher. Insofern stellt sich an dieser Stelle natürlich die Verteilungsfrage: Wer zahlt eigentlich in das Rentensystem ein? Wie kommen wir wieder zu einer paritätischen Finanzierung? Und es muss auch einen größeren Beitrag aus Steuergeldern geben. Insofern hängt die Finanzierung des gesetzlichen Rentensystems, aber auch des Sozialstaats insgesamt stark von einem gerechten Steuersystem ab.

**Knapp zwei Drittel der Grundsicherungsempfänger/innen erhalten gar keine oder eine sehr geringe Rente, sodass sie von einer Anhebung des Rentenniveaus gar nicht profitieren würden.**

Das hat zwei Gründe. Erstmal gab es vielleicht Zeiten, wo keine Rentenbeiträge in voller Höhe gezahlt wurden oder gezahlt werden konnten: beispielsweise wegen Arbeitslosigkeit, der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen. Und das andere sind Phasen, in denen das Einkommen sehr niedrig war. Das muss aus unserer Sicht ausgeglichen werden: Beispielsweise über eine Anhebung der Grundsicherung, damit sie ein gutes Auskommen im Alter sichert. Die andere Variante wäre, die Rentenbeiträge in Zeiten geringer Verdienste höher zu bewerten.

**Wie kann man aus Ihrer Sicht das Erstarren der AfD eindämmen?**

Wir müssen uns über die gesellschaftlichen Verhältnisse Gedanken machen, die Menschen dazu bewegen, die AfD zu wählen. Wir sehen eine wachsende Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen, aber auch die Angst vor sozialem Abstieg, vor der Zukunft: bei der Rente, durch prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit oder sachgrundlose Befristungen. Diese Zukunftsängste nutzen die Rechten, um Stimmung zu machen gegen Minderheiten und ihre Ideologie in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Wenn Zukunftsängste aus der löchrig gewordenen sozialen Absicherung entstehen, muss die Politik genau da ansetzen. Die Politik muss glaubhaft soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit wieder herstellen.

**Was fordert die IG Metall mit Blick auf die Digitalisierung in den Betrieben und den Strukturwandel in der Automobilindustrie, Stichwort Elektromobilität?**

Das sind mehrere gravierende Veränderungsprozesse, die teilweise die Industrie insgesamt, aber die Automobilindustrie noch einmal verschärft treffen. Wir fordern von den Unternehmen und auch von der Politik, das entsprechend zu flankieren, damit alle Beschäftigten in eine gute Zukunft mitgenommen werden. Ein Elektroauto hat nur 70 Prozent der Wertschöpfung eines Autos mit Verbrennungsmotor. Da fällt Beschäftigung weg. Gleichzeitig gibt es auch Bereiche, wo zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, etwa in der Batteriefertigung oder Softwareentwicklung. Diese neue Beschäftigung muss zu guten Bedingungen entstehen. Und Kolleginnen und Kollegen, deren Stellen wegfallen, müssen die Chance haben, in neue Beschäftigungsbereiche zu gehen. Sie müssen über gezielte Qualifizierungsmaßnahmen in die Lage versetzt werden, auch die Jobs der Zukunft machen zu können. m

## Zur Person

Aufgewachsen im Landkreis Nienburg begann Thorsten Gröger 1986 nach der mittleren Reife eine Ausbildung zum Werkzeugmacher beim damals noch mittelständischen Automobilzulieferer RHW (heute Faurecia) in Stadthagen. Als Azubi wurde er zunächst in die Jugendauszubildendenvertretung und später in den Betriebsrat gewählt. Mit Anfang 20 kam die Freistellung als Betriebsrat. Anfang der 1990er Jahre wurde Gröger Vertrauenskörperleiter und später auch stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, ab 2003 war er Betriebsratsvorsitzender. Zwei Jahre später wechselte er als Gewerkschaftssekretär in die damals noch eigenständigen IG-Metall-Geschäftsstellen Stadthagen und Nienburg, die aber schon kooperierten und schließlich fusionierten. Ab 2010 war er 1. Bevollmächtigter der IG Metall Nienburg-Stadthagen. Thorsten Gröger ist verheiratet und hat einen 17-jährigen Sohn. Mit seiner Familie lebt er in Rehburg-Loccum. ■

## RECHTSANWÄLTE & NOTAR

DETLEF FRICKE | JOACHIM KLUG | OLIVIA GÜNTER

WIR SETZEN UNS FÜR SIE EIN  
ARBEITSRECHT  
FAMILIENRECHT  
NOTARIAT

GOSERIEDE 12  
IM HAUS DER VER.DI-HÖFE  
30159 HANNOVER  
TELEFON: 0511 - 1 77 77 & 0511 - 70 07 40  
E-MAIL: POST@FRICKE-KLUG.DE  
WWW.FRICKE-KLUG.DE



BEITLICH

BRAUL

STROMBURG

TUSCH

Anwaltsbüro

PETRA BEITLICH  
Fachanwältin für Familienrecht

HANS-HEINRICH BRAUL  
Fachanwalt für Arbeitsrecht

SABINE STROMBURG  
Fachanwältin für Miet- und  
Wohnungseigentumsrecht

MICHAEL TUSCH  
Fachanwalt für Strafrecht

Postkamp 12 · 30159 Hannover

Telefon 0511 · 32 63 01  
Telefax 0511 · 363 26 77

info@bbs-anwaltsbuero.de  
www.bbs-anwaltsbuero.de

# Höhere Löhne, sichere Rente, gerechtere Steuern, staatliche Investitionen

Eckpunkte des DGB zur Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl fordert der DGB von den Parteien einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. »Wer den Trend zu Rechtspopulisten brechen will, muss für einen grundlegenden Politikwechsel bereit sein«, sagt Landesvorsitzender Hartmut Tölle. Er fordert »soziale Leitplanken« für die digitalisierte Arbeitswelt, die Eindämmung des Niedriglohnssektors durch eine stärkere Tarifbindung, bessere Bildungschancen für Alle, ein gerechtes Steuersystem, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die Stabilisierung des Rentenniveaus und eine soziale Wohnungspolitik. Auch die Integration von Geflüchteten spiele dabei eine wichtige Rolle, so Tölle. Die MAIZEITUNG erläutert die Schwerpunkte.

## Wegsteuern vom Magerstaat

Um der Unterfinanzierung des Staates entgegen zu wirken, soll er zukünftig mehr Geld einnehmen. Dazu will der DGB Ungerechtigkeiten im Steuersystem beseitigen und dabei auch kleine und mittlere Einkommen entlasten. Besserverdiener/innen und Kapitaleigner/innen sollen dagegen stärker zur Kasse gebeten werden. Der DGB fordert etwa, den Tarifverlauf der Einkommenssteuer zu glätten. Um Geringverdiener/innen zu entlasten, soll der Grundfreibetrag auf 11.000 Euro steigen. Danach gilt ein Einkommenssteuersatz von 22 Prozent. Ein Großteil der Einkommen, die sich momentan in der ersten Progressionsstufe befinden, würde so steuerfrei gestellt. Bisher sorgen Knickpunkte im Tarifverlauf dafür, dass die Steuerprogression, also das Steigen des Steuersatzes in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens, für Geringverdiener/innen mit Einkünften bis rund 13.600 Euro im Jahr besonders stark steigt. Laut DGB-Modell soll der Spitzensteuersatz von 42 auf 49 Prozent steigen, aber nicht wie bisher ab rund 53.000 Euro Jahreseinkommen, sondern erst



ab 70.000 Euro greifen. Eine Reichensteuer soll drei Prozent über dem Spitzensteuersatz liegen und ab 125.000 Euro wirken. Nach Angaben des DGB würden so 90 Prozent der Steuerzahler/innen entlastet und nur zehn Prozent stärker zur Kasse gebeten. Weiterhin fordert der DGB die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Abgeltungssteuer abzuschaffen. Kapitalerträge und Zinseinkünfte sollen danach wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden.

## Vorfahrt für öffentliche Investitionen

Die höheren Einnahmen soll der Staat nach DGB-Vorstellungen in marode Straßen und Brücken, IT-Infrastruktur, Bildung, den Wohnungsbau und die innere Sicherheit investieren. Allein um den Sanierungsstau bei der Verkehrsinfrastruktur auszugleichen, sind

**Nach dem Steuerkonzept des DGB haben Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Geld in der Tasche.**

Foto: Michael Fleischmann

laut DGB einmalig 45 Milliarden Euro notwendig. Für den Ausbau von Breitbandnetzen und IT-Strukturen werden 50 Milliarden Euro veranschlagt. Bund und Länder sollen überdies mindestens 450.000 neue Wohnungen jährlich bauen, vor allem bezahlbare Mietwohnungen. Denn insbesondere in Ballungsräumen und Universitätsstädten ist preisgünstiger Wohnraum Mangelware. Nach dem jahrelangen Sparkurs und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst fordert der DGB zusätzliche Bedienstete in Kinderbetreuung, Finanzverwaltung, Polizei und Bildung. Zu den Bildungsinvestitionen gehören laut DGB auch ein Kita-Qualitätsgesetz, ein langfristiges Programm zur Schulsanierung und deutlich mehr Geld für die IT-Ausstattung an Schulen.

## Gesetzliche Rente stärken

Die Rente muss für ein gutes Leben im Alter reichen. Der DGB fordert deshalb, das Rentenniveau bei den jetzigen 48 Prozent zu stabilisieren und in einem zweiten Schritt wieder anzuheben, etwa auf 50 Prozent. Der DGB lehnt die Rente mit 67 ab, solange die Beschäftigten die Regelaltersgrenze nicht gesund in Arbeit erreichen können. Die Anrechnung von Bildungszeiten soll verbessert werden und für Langzeitarbeitslose wieder eine rentenerhöhende Beitragszahlung erfolgen. Die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente will der DGB abgeschafft sehen. Eine Teilrente soll schon vor dem 63. Lebensjahr möglich sein. Es sollen auch Selbstständige in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen, mehr Steuergeld dafür verwendet werden, und der Beitragssatz soll bis 2040 auf maximal 25 Prozent steigen. Im Gegenzug fordert der DGB, die gesetzliche Krankenversicherung wieder paritätisch zu finanzieren und die Zusatzbeiträge für die Arbeitnehmer/innen abzuschaffen.

## Digitalisierung sozial gestalten

Um Beschäftigung zu sichern und die Perspektiven für die Arbeitnehmer/innen zu verbessern, fordert der DGB erstens, die Tarifbindung zu stärken, indem es etwa leichter wird, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Zweitens will er die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Betriebs- und Personalräte bei Beschäftigungssicherung und Qualifizierung ausgeweitet sehen. Bei Personalplanung und geplantem Outsourcing fordert er eine erzwingbare Mitbestimmung. Drittens will der DGB die Qualifizierung ausbauen. Kolleg(inn)en, deren Stellen wegfallen, müssen die Chance haben, neue Aufgaben zu übernehmen. Deshalb soll die berufliche Weiterbildung auch durch Einführen eines Weiterbildungsgesetzes und einer geförderten Bildungsteilzeit gestärkt werden. Die duale Berufsausbildung ist den digitalen Anforderungen anzupassen.

Bei Home Office und mobilem Arbeiten ist jede Arbeitszeit zu erfassen und zu vergüten, die tägliche Höchstarbeitszeit und Ruhezeiten sind einzuhalten, inklusive eines Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit. Um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, sollen Beschäftigte für reduzierte Arbeitszeiten, etwa infolge von Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen, eine Entgeltersatzleistung bekommen. Für Soloselbstständige fordert der DGB Mindestbedingungen mit Blick auf Vertragsinhalte und Honorarhöhen. Grundlosen Befristungen und der »Arbeit auf Abruf« müsse der Gesetzgeber einen Riegel vorschieben, dazu ein Überbrückungsgeld nach dem Arbeitslosengeld-1-Bezug für weitere zwölf Monate einführen, um ein Abrutschen in Hartz IV zu verhindern. Der Grundsatz »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« müsse auch bei Leiharbeit und Werkverträgen uneingeschränkt gelten. ▀

## Forderungen der DGB-Jugend zur Bundestagswahl

Jedes Jahr bekommen viele Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz, obwohl die weitaus meisten nach den Kriterien der Arbeitsagentur als »ausbildungsfähig« gelten. Im Ergebnis bleiben viele junge Erwachsene dauerhaft ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

## Ausbildungsplatzgarantie überfällig

Die DGB-Jugend fordert deshalb für alle Ausbildungsinteressierten einen gesetzlich

garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Die Betriebe sollen die Ausbildungsplatzgarantie bezahlen und dafür zwei Prozent ihrer Bruttolohnsumme in eine gemeinsame Kasse abführen. Wer nicht oder zu wenig ausbildet, unterstützt so andere Betriebe bei ihrer Ausbildung. Um die Qualität der Ausbildung zu verbessern, fordern die jungen Gewerkschafter/innen, die Regelungen im Berufsbildungsgesetz an

die Ausbildungssituation im 21. Jahrhundert anzupassen.

## Flexible Arbeitszeiten im Sinne der Beschäftigten

Selbstbestimmte Zeit durch flexible Arbeitszeiten ist für junge Beschäftigte besonders wichtig. Viele junge Kolleg(inne)n wollen nach ihrer Ausbildung neben dem Beruf studieren. Andere stehen mit der Familiengründung vor der Herausforderung, Job und Familienleben unter einen Hut bringen zu müssen. Die DGB-Jugend fordert, die im Arbeitszeitgesetz formulierte Arbeitshöchstzeitgrenze von bisher 48 auf 40 Stunden pro Woche zu senken. Flexible, von den Arbeitnehmer/innen bestimmbare Arbeitszeitkonten sollen als neue Form der Arbeitszeitgestaltung stärker zum Tragen kommen. Vor allem für Beschäftigte in Schichtarbeit sei ein Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten wichtig, heißt es im Positionspapier zur Bundestagswahl.

## BAföG ausbauen

In kaum einem anderen Industrieland hängen die Bildungschancen so sehr vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft der Eltern ab wie in Deutschland. Die Gewerkschaftsjugend fordert deshalb ein starkes elternunabhängiges BAföG, das den tatsächlichen Geldbedarf deckt. Heute erhalten nur noch knapp 19 Prozent aller Studierenden BAföG. Der Höchstsatz beträgt nur 670 Euro, obwohl Studierende monatlich durchschnittlich 860 Euro für Miete, Lebenshaltung und Studienkosten aufbringen müssen. Neben einer sofortigen Erhöhung der Bundesausbildungsförderung um mindestens zehn Prozent sollen die Bedarfssätze automatisch bedarfsgerecht steigen. Damit in Zukunft duales Studieren, Studieren neben dem Beruf und in der Elternzeit problemlos möglich ist, fordert die DGB-Jugend, die Altersgrenze beim BAföG-Bezug von 30 Jahren und 35 Jahren beim Masterstudium abzuschaffen. ▀



**DMB** Deutscher Mieterbund Hannover e.V.

**Kompetente Hilfe bei allen Fragen zum Mietrecht.**

**Unsere Mitglieder wissen mehr!**

### Bürostunden

Mo., Di., Do.: 8.00–17.00 Uhr  
Mi.: 8.00–18.30 Uhr  
Sa.: 10.00–13.00 Uhr

### Außenstellen | Geschäftsstelle

Celle, Schaumburg (Obernkirchen)  
Nienburg, Hoya, Springe, Neustadt.

Herrenstraße 14 · 30159 Hannover  
Telefon 0511/121060  
info@dmb-hannover.de  
www.dmb-hannover.de

**Beratung sofort nach Beitritt.**

## Preiswerter Wohnraum ist in Universitätsstädten und großstädtischen Hochschulstandorten Mangelware. Die DGB-Jugend fordert deshalb:

- Ein Gesetz, das Investoren bei Neubauten einen bestimmten Anteil von Wohnungen mit niedrigen Mieten vorschreibt.
- Deutlich mehr Geld für den Bau von Sozialwohnungen. Der Bund muss die Länder verpflichten, dieses Geld auch tatsächlich für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden.
- Umwandlung von leerstehenden Büroräumen in Wohnraum.
- Erhöhung des Wohngelds und eine Mietpreisbremse, die ihren Namen auch verdient.
- Ausbau von Bildungswohnheimen.

# Gefahren für Beschäftigte durch Freihandelsabkommen CETA



Fotos (2): Michael Fleischmann

Der DGB lehnt den im Oktober vergangenen Jahres unterzeichneten Freihandelsvertrag zwischen Kanada und der Europäischen Union (CETA) ab. Die Gewerkschaften verweisen auf Probleme im Vertragswerk, die auf die Beschäftigten beiderseits des Atlantiks zukommen können, wenn CETA umgesetzt wird. Eine entsprechende Resolution ging an die europäische Kommission und die kanadische Regierung. Die MAIZEITUNG erläutert die Kritikpunkte.

## Investorenschutz

Die im Vertragswerk verankerten Sonderrechte für ausländische Investoren lehnt der DGB ab und fordert eine Gleichbehandlung mit inländischen Investoren. Umstrittene Gummiparagrafen wie »faire und gerechte Behandlung« und das Recht auf Entschädigung bei »indirekter Enteignung« sollen mit einem Zusatzprotokoll außer Kraft gesetzt werden. Horrende Schadensersatzentscheidungen werden sonst nicht verhindert. Sollten die EU und Kanada weiterhin einen internationalen Investitionsgerichtshof anstreben, der in

Streitfällen zwischen Investoren und Mitgliedstaaten entscheidet, müssen die Schiedsrichter/innen von Investoreninteressen unabhängig sein. Dazu gehört auch, dass die Bezahlung der Schiedsrichter/innen nicht von der Zahl der verhandelten Streitfälle abhängt.

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Staatliche Dienstleistungen vom Öffentlichen Nahverkehr über die Wasserversorgung bis zu Müllabfuhr und Krankenhäusern müssen vom Freihandelsabkommen ausgenommen werden. Gerade ver.di mit seinen vielen Mitgliedern in kommunalen Unternehmen treibt die Sorge um, CETA werde zum Einfallstor für private Wettbewerber. Einer der größten Kritikpunkte ist die im Abkommen vorgesehene Negativliste. Diese bedeutet: Die Vertragspartner verpflichten sich grundsätzlich, den Markt für alle Dienstleistungen zu öffnen – mit Ausnahme der in der Liste aufgeführten Bereiche. Damit würden gewünschte Ausnahmen in Hunderte Seiten langen, kaum zu durchschauenden Anhängen aufgelistet,

mahnt der DGB in einer Stellungnahme. Eine Überprüfung, ob wichtige schützenswerte Bereiche vergessen wurden, sei nur schwer möglich. Weitere Forderung des DGB: Regulierungen und die Rückführung einmal privatisierter Unternehmen in kommunales Eigentum, man spricht auch von Rekommunalisierung, müssen möglich bleiben und dürfen nicht zur Zielscheibe von Investorenklagen werden.

Unternehmen sollen auch nicht klagen dürfen, wenn der Staat die Vergabe von Aufträgen an soziale und ökologische Kriterien knüpft. Bisher können Konzernanwälte diese Kriterien als Handelshemmnis interpretieren.

## Vorsorgeprinzip bei Umwelt und Gesundheit

Der DGB fordert eine Erklärung, die als Bestandteil des Freihandelsabkommens das europäische Vorsorgeprinzip schützt. Damit sind staatliche Regulierungen gemeint, die Schäden für die Umwelt und

lichkeit durch wissenschaftliche Studien zweifelsfrei nachgewiesen ist. Nach Ansicht des DGB darf das Wissenschaftsprinzip durch CETA nicht auf Kosten des Vorsorgeprinzips gefördert werden. Das gilt vor allem mit Blick auf die CETA-Regeln zur sogenannten regulatorischen Kooperation. Dieser Mechanismus für die Angleichung kanadischer und europäischer Standards ordnet etwa den Umweltschutz den Handelserleichterungen unter.

## Einklagbare soziale und ökologische Standards

Bisher haben durch CETA nur Konzerne einklagbare Rechte. Die Kapitel zu Arbeitnehmerrechten, Nachhaltigkeit und Umwelt haben keinen vergleichbar starken Durchsetzungsmechanismus. Der DGB hält hier ein umfassendes Zusatzprotokoll für nötig. Es soll die Überwachung dieser Rechte verbessern und einen neuen Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen Arbeitnehmer- und Umweltrechte einführen.



die menschliche Gesundheit vermeiden oder weitgehend verringern. Im Gegensatz zu dieser Risiko- und Gefahrenvorsorge gilt in Kanada das sogenannte Wissenschaftsprinzip. Danach werden Produkte und Substanzen erst reguliert, wenn deren Schäd-

Das Europaparlament hat im Februar nur über die vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommens entschieden. Damit CETA in Kraft treten kann, müssen noch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten zustimmen. ▀

# Lehrkräfte beklagen massive Arbeitsüberlastung

GEW macht mit wissenschaftlichen Studien Druck

Der Job der Lehrer oder des Lehrers ist in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden. Die Arbeitsbelastung durch mehr Unterrichtsstunden, größere Klassen und unkonzentrierte Kinder ist um ein Vielfaches gestiegen. Jetzt kommt noch die Inklusion dazu, gemeint ist der gemeinsame Unterricht von Schüler(inne)n mit und ohne Behinderungen. Die Überlastungen sind nun in einer Arbeitszeitstudie und Arbeitsbelastungsstudie der Uni Göttingen nachzulesen. An der Umfrage zur Arbeitszeit beteiligten sich 2.869 Lehrer/innen aus 255 niedersächsischen Schulen, an der Umfrage zur Arbeitsbelastung 2.108 Lehrkräfte.

## Millionen unbezahlte Überstunden

Die zentralen Befunde lauten: Vollzeitlehrkräfte arbeiten am Limit und sind oft überlastet. Aus Zeitmangel müssen sie die Qualitätsansprüche an ihre Arbeit herunterschrauben. So fehlt ihnen etwa die Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Anders bei Teilzeitlehrkräften: Sie leisten sehr viel unbezahlte Mehrarbeit, vor allem was die Unterrichtsvor- und -nachbereitung angeht. Überraschend: Ältere Lehrkräfte sehen sich trotz ihrer Routine mit einer deutlich

höheren Arbeitsbelastung konfrontiert als die jüngeren Kolleg(inne)n. Auch die älteren Kolleg(inne)n arbeiten mehr, als sie müssten. Sie kümmern sich mehr um die Schüler/innen und bereiten den Unterricht intensiver vor. Viele Lehrkräfte arbeiten auch am Wochenende, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Vor allem bei Gymnasiallehrer(inne)n häuft sich nach den Ergebnissen der Forscher/innen enorme Mehrarbeit an. Im Wochenschnitt leiste eine Gymnasiallehrkraft im Vergleich zu einem Beamten mit einer 40-Stunden-Woche drei Stunden mehr. Das ergebe landesweit pro Woche 50.000 unbezahlte Überstunden. Auf das Jahr hochgerechnet sind das allein bei Gymnasien zwei Millionen Stunden.

## Konsequenzen gefordert

Die GEW fordert für die Teilzeitlehrkräfte einen Entlastungsfaktor. »Wir wollen für Teilzeitlehrkräfte Anrechnungsstunden, um die Mehrbelastung auszugleichen« erläutert Rüdiger Heitefaut, Sekretär für Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Landesverband. »Und wir wollen die Altersermäßigung wieder haben.« Früher konnten die 55- bis 60-jährigen Lehrkräfte eine Stunde weniger



Foto: shutterstock

unterrichten, heute geht das nicht mehr. Die über 60-jährigen Lehrkräfte konnten ihre Unterrichtszeit um zwei Stunden verringern, heute nur noch um eine Stunde. Weitere Forderung der GEW: Je zwei Lehrer/innen statt bisher einer Lehrkraft in Inklusionsklassen und großen Klassen mit verhaltensschwierigen Schüler/innen. »Auch müssen die Schulen für besondere Belastungen mehr Unterrichtsstunden vom Land zugewiesen bekommen«, sagt Heitefaut. »Sei es beim Ganztagsunterricht, bei Inklusion oder bei der Einführung von neuen Unterrichtsmethoden.«

Um vor der Landtagswahl im Januar nächsten Jahres zusätzlichen Druck aufzubauen, plant die GEW eine Aktion an Schulen mit Postkarten, Flugblättern und mehr. »Die Politikerinnen und Politiker sollen vor der Landtagswahl sagen, wie sie sich die Entlastung für die Beschäftigten im Schulbereich vorstellen«, betont Heitefaut. Unabhängig davon, bringt sich die GEW mit ihren Forderungen in die Arbeitszeitkommission des Kultusministeriums ein. Diese wird nach der Landtagswahl ihre Empfehlungen zur Arbeitsbelastung der Lehrkräfte auf den Tisch legen. ▀



## ÜBERSICHT DER VERANSTALTUNGEN DES DGB AM NEUEN RATHAUS IN HANNOVER MAIKUNDGEBUNG & FEST FÜR DEMOKRATIE

### VERANSTALTUNGEN, SAMSTAG, 1. MAI MAIDEMONSTRATION

**9.00 UHR** TREFFEN ZUM AUFMARSCH  
FRED-GRUBE-PLATZ AM  
REIZEITHEIM LINDEN, Windheimstraße 4

**10.00 UHR** ABMARSCHZEIT

### **11.00 UHR** HAUPTKUNDGEBUNG AUF DEM TRAMMPLATZ

Begrüßung: **Reiner Eifler**

Geschäftsführer DGB Region Niedersachsen-Mitte

Grußwort: **Stefan Schostok**

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Mairedner: **Detlef Ahting**

ver.di Landesbezirksleiter Niedersachsen-Bremen

**Beitrag der DGB-Jugend**

**Werner Preissner**

Vorsitzender DGB Region Hannover

### **12.00 UHR – 18.00 UHR** INTERNATIONALE MAIFEIER FEST FÜR DEMOKRATIE

**12.00 UHR – 16.00 UHR** GROSSES FESTZELT

**Kleemann – Deutschrock**

**RE-PLAY – »Let's Rock!«** Am laufenden Band Hits.

**12.00 UHR – 17.00 UHR** JUGENDBÜNDNIS

**GRÜNFLÄCHE NEBEN DEM NEUEN RATHAUS**

**AUSSERDEM:** KINDERZELT mit Basteln, Schmink- und Malaktionen  
KINDERZIRKUS UND ÜBERRASCHUNGEN

ZELTE DER GEWERKSCHAFTEN, KIRCHENZELT,  
STÄNDE VON KIRCHEN UND VERBÄNDEN, INFOMEILE ...

**12.00 UHR – 16.00 UHR** MASALA AUF DEM TRAMMPLATZ

**12.00 Uhr** YA PUSO LA MARRANA

**13.30 Uhr** NORDAKAS

**15.00 Uhr** PEACE DEVELOPMENT CREW

### VERANSTALTUNGEN, SONNTAG, 30. APRIL

DGB-FESTZELT AM NEUEN RATHAUS (GRÜNFLÄCHE)

**20.00 UHR** KABARETT AM VORABEND

Einlass ab 19.00 Uhr

**ROBERT GRIESS:**

**»HAUPTSACHE, ES KNALLT!«**

Infos dazu auf Seite 12

## Masala auf dem 1.-Mai-Fest

Nach der traditionellen Maikundgebung der hannoverschen Gewerkschaften bringt das MASALA-Programm auf der Bühne am NEUEN RATHAUS auch in diesem Jahr drei Bands mit tollen Rhythmen mit gut gewürzten Mischungen. Wir freuen uns auf das Konzerterlebnis auf dem Trammplatz in Hannover.

### YA PUSO LA MARRANA

Cumbia



YA PUSO LA MARRANA ist eine würzige Cumbia & Latin-Rock-Band aus Berlin die sich zum Ziel gesetzt hat, das Publikum zu schärfen und anzuhetzen, bis die Füße brennen.

Das erreichen die Jungs aus Mexiko, Deutschland, Kolumbien, Venezuela, Schweden, Kuba und Argentinien dank der spannenden Fusion ihrer musikalischen und kulturellen Wurzeln. Sommer und Ya Puso La Marrana passen super zusammen. Die Musiker mixen afro-lateinamerikanische Rhythmen mit Pop und Rock zu einer großen Fiesta!!!

### NORDAKAS

Kuba, Argentinien, Peru, Spanien | Rumba & Flamenco

Musik baut Brücken zwischen Nationen und Kulturen – das macht die Band »Nordakas«. Der spanische Frontmann, Sänger und Gitarrist der Band Lucas Bárcena, in Kantabrien aufgewachsen, komponiert Stücke mit Referenzen zur nordiberischen Folklore mit teils keltischen Einflüssen. Mit Duavel César am Bass, Lalo Martínez an der Gitarre, Daniel Torres am Cajón und die einzigartige andalusische Sängerin Laura Cartes, zaubert Nordakas einen bunten musikalischen Mischmasch der spanischen und lateinamerikanischen Kultur auf die Bühne.



### PEACE DEVELOPMENT CREW

Roots Reggae, Dub, Hip Hop & Latin



Die Reggae-Band aus Hannover rockt gleich beim ersten Song die Bühne. Das Publikum wird mit hypnotisierenden Offbeats und einer feurigen Performance gefesselt. Die Band kommt mit vier Vokalisten, zwei Bläsern, zwei Keyboardern, zwei Gitarristen, ein Bassist und zwei Drummer auf die Bühne, um ihre heisse Mischung aus karibischen Sounds zu mischen. Peace Development Crew setzt sich gegen Rassismus und für den Frieden ein. Dies wird mit tanzbarem Roots Reggae über Dub zu Hip Hop, von Latin zu Dancehall bis zu Ska & Jungle gefeiert.

## Musik im großen Festzelt



**RE-PLAY**

AC/DC und Bruce Springsteen über Status Quo bis hin zu Manfred Manns Earth Band, Foreigner, Toto und auch Elvis... Musikalisches Können und das besondere »Feeling« reissen die Partygemeinde sofort mit! Dazu kommt eine umwerfende Bühnenshow. Unser Motto: »Let's Rock!« [www.re-play.at](http://www.re-play.at)



**KLEEMANN**

Deutschrock – pur. Markant und ehrlich und modern, aber nicht modisch. Pop-/Rock mit fesselnden Texten, die auch das Thema Finanzkrise emotional und kernig packen. [www.klee-mann.de](http://www.klee-mann.de)



### DIESES JAHR ERWARTET DIE KINDER:

Im KINDERZELT wird wieder GESPIELT und GEBASTELT. Außerdem gibt es eine HÜPFBURG, KINDERSCHMINKEN und um 13.00 Uhr den KINDERZIRKUS SALTO.





## KIRCHEN ZUM 1. MAI IM ÖKUMENISCHEN KIRCHENZELT »FARBENFROH UND VIELFÄLTIG«

Begegnungen und Gespräche, Zelt-Café und Cocktails, Information der katholischen und der evangelisch-lutherischen Kirche beim Fest für Demokratie auf dem Trammplatz.

**ab 12.30 Uhr** TALK AN DER WELTKUGEL  
**»WIR SIND VIELE! WIE WERDEN WIR EINS? SO GEHT SOLIDARITÄT.«**  
DIALOG ZWISCHEN RELIGIONEN,  
GEWERKSCHAFTEN UND POLITIK



Evangelisch-lutherischer  
Stadtkirchenverband  
HANNOVER



kda  
kirche-arbeitswelt.de



Katholische Kirche in  
der Region Hannover



Haus der Religionen

# Flüchtlingsabwehr mit Hilfe von Gangstern und Diktatoren

Die Asylpolitik hat hierzulande eine Kehrtwende vollzogen. Stand noch vor zwei Jahren die Willkommenskultur im Vordergrund, geht es heute vor allem um die Abwehr von Flüchtlingen. Im Gespräch mit der MAIZEITUNG wirft Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen, einen Blick ins Unterholz der offiziellen Flüchtlingspolitik.

**MAIZEITUNG: Viele Menschen begrüßen, dass seit geraumer Zeit deutlich weniger Flüchtlinge zu uns kommen. Warum kritisieren Sie die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung?**

**Kai Weber:** Die Politik der Bundesregierung setzt darauf, die Aufnahme von Flüchtlingen anderen Staaten zu übertragen. Diese Politik schiebt Flüchtlinge in Staaten ab, die keine Gewähr dafür bieten, dass Flüchtlinge dort menschenwürdig aufgenommen werden. Das gilt für die Türkei, wo wir tausende, wenn nicht zehntausende von rechtswidrigen und fragwürdigen Inhaftierungen, Hauszerstörungen und ähnliche Fälle erlebt haben. Oder nehmen wir Libyen, wo wir eine hohe Zahl von Internierungslagern, Entführungen und Erpressungen verzeichnen. Frauen werden in Lagern vergewaltigt und Menschen auf eine sehr schlimme Weise misshandelt. Es werden Bündnispartner salonfähig gemacht wie Omar al-Baschir, Staatschef des Sudan, der wegen Völkermords vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht wird. Oder der ägyptische Putschist und Staatschef Sisi, den Vizekanzler Gabriel bei seinem Staatsbesuch trotz der Verhängung von hunderten Todesurteilen einen »beeindruckenden Präsidenten« nannte. Wir halten es in höchstem Maße für schäbig, wenn die Bundesregierung mit solchen Staaten verhandelt, damit die Flüchtlinge dort bleiben.

**Dazu passt doch, dass Geflüchtete mittlerweile in Einsatzgebiete der Bundeswehr, etwa nach Afghanistan abgeschoben werden.**

Afghanistan ist das zweitgrößte Herkunftsland für Flüchtlinge auf der Welt. Der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge hat klargestellt, dass es keine sicheren Gebiete in Afghanistan gibt. Insofern kann die Konsequenz nur sein, diese Flüchtlinge hier aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren. Wenn jetzt der Bundesinnenminister öffentlich Stimmung dafür macht, dass Afghanen zurückkehren sollen und medial inszenierte Abschiebungen durchführt, bemüht sich die Bundesregierung damit, Signale an die zu senden, die noch kommen könnten. Und dieses Signal lautet:



Foto: shutterstock

Kommt nicht nach Deutschland, ihr seid hier unerwünscht.

### Was passiert im Mittelmeer?

Die Politik Europas versucht, das Mittelmeer mit Satelliten und neuester Technik zu überwachen, um Fluchhilfe zu unterbinden und Boote zu zerstören. Mit dem fatalen Effekt, dass sich Flüchtlinge auf immer wackeligere Nusschalen und Schlauchboote begeben. Auch deshalb kommen Menschen ums Leben. Das hat wenig mit Hilfe für Flüchtlinge und viel mit Fluchtverhinderung zu tun. Die Zahl der Toten im Mittelmeer hat im vergangenen Jahr mit 5.022 einen traurigen Höchststand erreicht.

**Flüchtlingsorganisationen fordern, die Grenzen zu öffnen. Erhalten dann nicht rechte Parteien wie die AfD immer mehr Zuspruch?**

Erstaunlich ist doch, dass wir 2015 eine in Deutschland bisher nicht gekannte Form der Begeisterung für Flüchtlingshilfe erlebt haben – und zwar zu einem Zeitpunkt, als wir schon hunderttausende Flüchtlinge im Land hatten. Die Gegenbewegung setzte erst mit einer gewissen Zeitverzögerung ein und erhielt auch Auftrieb durch Brüche und Widersprüche bei den etablierten Parteien. Wenn sich Herr Seehofer zum Sprachrohr des Rechtspopulismus macht und die Kanzlerin öffentlich beschimpft, dann muss man sich nicht wundern, dass rechte Gruppierungen darüber Auftrieb erhalten. Man wird den Rechtspopulismus nicht dadurch bekämpfen, dass man ihm nach dem Mund redet. Die Zusammenhänge von Zahl der Flüchtlinge und Rechtspopulismus lassen sich jedenfalls nicht so simpel auf den Nenner bringen: je mehr Flüchtlinge, desto mehr Rechtspopulismus. Auch aus historischer Erfahrung wissen wir, dass ein Antisemitismus ganz ohne Juden auskommt, und dass der Rassismus in Deutsch-

**KAI WEBER (55)** ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Niedersachsen.

Foto: Michael Fleischmann

land dort am größten ist, wo es am wenigsten Ausländer gibt.

### Wie wollen Sie die Flüchtlingszahlen begrenzen?

Wir wollen eine solidarische Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen überall auf der Welt, auch in Europa erreichen. Wir wissen, dass das im Moment sehr, sehr schwierig ist. Viele europäische Staaten verweigern diese Solidarität.

### Wäre es nicht einfacher, die Fluchtursachen zu bekämpfen, statt enorme Grenzbefestigungen zu bauen und militärisch aufzurüsten?

Eine Politik, die darauf zielt, nicht die Fluchtursachen, sondern die Flüchtlinge zu bekämpfen, wird auf Dauer scheitern, weil die Flüchtlinge dennoch verzweifelt versuchen werden durchzukommen. Wenn wir tatsächlich die Fluchtursachen bekämpfen wollen, müssen wir auch bestimmte Lebensweisen in Europa

infrage stellen. Wenn etwa riesige Trawler die Meere leer fischen und Fischer arbeitslos machen, müssen wir uns nicht wundern, wenn sie sich andere Existenzmöglichkeiten suchen. Es gibt riesige Ländereien in Afrika, in denen Getreide angebaut wird, um unser Diesel und Benzin zu finanzieren, während die Menschen dort nicht genug zu essen haben. Es muss doch zu denken geben, dass gerade die reichsten Staaten Afrikas mit den meisten Bodenschätzen wie Öl oder Diamanten gekennzeichnet sind durch Bürgerkriege und einseitige Handelsbeziehungen, in denen vor allem große Konzerne den Reibach machen und die Bevölkerung nicht viel davon abbekommt. Wir müssen auch Europas Zollschranken und die Zerstörung heimischer Märkte in Afrika durch unfaire Handelsbeziehungen der EU mit afrikanischen Staaten infrage stellen. Es reicht nicht, nur ein neues Entwicklunghilfeprogramm aufzulegen. ▀

## Altersarmut: Monatskarte oder Internet sind Luxus



**MONIKA WINDHORN**

Foto: Oliver Förste

Immer noch sind von der steigenden Altersarmut vorwiegend Frauen betroffen. Seit einem Jahr ist Monika Windhorn nun in Rente. Obwohl die gelernte Verlagskauffrau vor der Arbeitslosigkeit als Bürokraft gearbeitet und zwei Kinder großgezogen hat, liegt sie mit ihren Einkünften laut EU-Statistikbehörde Eurostat unter der Armutsgrenze für Bundesbürger/innen von rund 1.000 Euro im Monat.

Trotzdem sie 18 Jahre verheiratet war und ihr Mann regelmäßig in die Rentenkasse einzahlte, beträgt ihre offizielle Rente nur 621 Euro netto im Monat. Zum Glück kann sie diese karge Summe durch einen kleinen Nebenjob und eine Aufwandsentschädigung für ihr Mandat in einem hannoverschen Bezirksrat etwas aufbessern. Mit insgesamt 810 Euro muss sie jeden Monat über die Runden kommen.

»Durch meine Nebeneinkünfte stehe ich im Vergleich zu vielen anderen Frauen noch gut da«, meint Monika Windhorn. »Deshalb kann ich mir für Notfälle wie kleine Reparaturen, den Ersatz von kaputten technischen Geräten oder auch einfach nur eine Druckerpatrone ein wenig Geld zurücklegen.« Als »Luxus« bezeichnet sie eigentlich notwendige Dinge wie eine Monatskarte für den Nah-

verkehr, eine Haftpflichtversicherung oder auch den für ihre politische Arbeit unverzichtbaren Telefon- und Internetanschluss. Allerdings bekommt sie wegen ihrer Nebeneinkünfte keine zusätzliche Grundsicherung mehr, hofft jetzt aber darauf, dass dafür ihrem Antrag auf Wohngeld stattgegeben wird. »Die Grundsicherung sollte auf die offizielle Armutsgrenze von 1.000 Euro angehoben werden«, betont die engagierte Frau.

Wenn sie mit Freund(inn)en oder Parteigenoss(inn)en eine Gaststätte besucht, hält sie sich meist an einem Glas Wasser fest. Einmal im Monat sei aber auch eine Currywurst drin – und das alljährliche Weihnachtessen könne sie selbst bezahlen, zeigt sie sich ganz stolz. Ein bis zwei Mal im Jahr leiste sie sich auch einen Friseur, ansonsten schneide sie sich selber die Haare. Ein richtiger Urlaub, »Mallorca oder so«, sei nicht drin. Früher sei sie immer zu Freunden nach Tschechien gefahren, wo sie nur Strom und Wasser bezahlen musste. Jetzt brauche die dortige Familie die Ferienwohnung aber für Verwandte. An einen Kino- oder Theaterbesuch kann sie sich kaum noch erinnern. Kürzlich habe sie jedoch bei einem Gemeindefest eine Theaterkarte gewonnen und sich sehr darüber gefreut. »Das einzige, worüber ich froh bin, ist, dass ich keinen Ärger mehr mit dem Jobcenter habe«, sagt Monika Windhorn zum Abschluss des Gesprächs. ▀



Individuelle Beratung

Motivierte Mitarbeiter

Starke Betriebe

Wir unterstützen Betriebe bei der Einstellung ungelernter Arbeitskräfte durch Zuschüsse, Qualifizierung und berufsbegleitendes Coaching.

Rufen Sie uns an! 0511 6559-2800

oder [www.jobcenter-region-hannover.de](http://www.jobcenter-region-hannover.de)



## Bärbel Hirsch

Anwaltskanzlei für Arbeitsrecht

## Solidarische Grüße!

Bärbel Hirsch  
Anwaltskanzlei für Arbeitsrecht  
Escherstr. 14  
30159 Hannover

Tel. 0511 162 906 40  
Fax 0511 162 906 39  
Mail [kanzlei@baerbelhirsch.de](mailto:kanzlei@baerbelhirsch.de)  
[www.baerbelhirsch.de](http://www.baerbelhirsch.de)

# Land testet sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose

Holzweg oder Schritt aus Armuts Keller?

Trotz guter Wirtschaftsentwicklung verharrt die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit langem auf hohem Niveau. In Niedersachsen suchen knapp 100.000 Menschen seit einem Jahr oder länger einen Job. Ihr Anteil unter allen Arbeitslosen liegt mittlerweile bei 38 Prozent. Früher gab es Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für diejenigen, die nicht auf dem Ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen konnten. Diese ABM-Stellen wurden im Zuge der Hartz-Gesetze aber fast auf Null gefahren. Die Folgen für die Betroffenen sind entwürdigend (siehe Kasten). Der DGB fordert deshalb seit langem, solche staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse wieder einzuführen: auf freiwilliger Basis, tariflich bezahlt und mit sozialpädagogischer Begleitung. Die Tätigkeiten müssen gemeinnützig und im öffentlichen Interesse sein und dürfen keine reguläre Beschäftigung verdrängen. Dank jahrelanger Lobbyarbeit auch von Arbeitsloseninitiativen hat sich die Landesregierung nun entschlossen, solche Arbeitsplätze zu schaffen. Ab Juli sollen im Rahmen eines Pilotprojekts 1.000 Stellen entstehen. »Dass ist zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber immerhin ein Anfang«, sagt Lars Niggemeyer, Experte für Arbeitsmarktpolitik beim DGB Niedersachsen.

## Lohn nicht existenzsichernd?

Bisher ist noch unklar, wie das Projekt konkret ausgestaltet wird. Nach den bisher



bekannt gewordenen Plänen sollen die Arbeitslosen reguläre Arbeitsverträge mit mindestens 25 Wochenstunden bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden erhalten. Die Bezahlung soll zu tariflichen Bedingungen erfolgen, was aber keine Pflicht ist. Im Gespräch ist die untere Entgeltgruppe 1 des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst. Das macht bei 30 Wochenstunden am Monatsende rund 1.300 Euro brutto oder knapp 1.000 Euro netto für eine alleinstehende Person. Da der Arbeitgeber auch den Mindestlohn zahlen darf, werden die Entgelte in der Praxis wohl oft noch niedriger ausfallen. »Damit der Lohn existenzsichernd ist, müssten es aber mindestens 1.500 Euro brutto sein«, mahnt Klaus-Dieter Gleitze, Geschäftsführer der Landesarmutskonfe-

**Beim guten alten Arbeitsamt gab es noch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose.**

Foto: Michael Fleischmann

renz Niedersachsen. Die Beschäftigungsdauer ist auf zwei Jahre begrenzt. Gleitze fordert dagegen eine Beschäftigungsdauer zwischen drei und fünf Jahren. Ab dem 60. Lebensjahr müsse nach Beschäftigungsende außerdem ein direkter Übergang in die Rente möglich sein.

## Das fordert der DGB

Da Kommunen und Wohlfahrtsverbände meist finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, sollen sie die Arbeitslosen nach Vorstellungen des DGB kostenfrei beschäftigen

können – und zwar nicht nur in der Entgeltgruppe 1 oder zum Mindestlohn. »Das Projekt muss so ausgestaltet sein, dass auch die Kosten für Vollzeitbeschäftigten in höheren Tarifgruppen vollständig übernommen werden«, fordert Lars Niggemeyer. »Nur dann ist es für Kommunen und Wohlfahrtsverbände attraktiv, auch besser entlohnte Arbeitsplätze bereitzustellen.« Dann könnten Langzeitarbeitslose auch höher qualifizierte Tätigkeiten ausüben, was nach den bisher bekannt gewordenen Plänen nicht möglich sei. ▀

## Was Hartz IV anrichtet: Das Schicksal des Holger W.

Holger W. ist 55 Jahre alt und seit vier Jahren Arbeitslosengeld-2-Bezieher. Seinen Job bei einer Chemiefirma verlor er infolge von Rationalisierungen. Nach 400 Bewerbungen hatte er zweimal einen Job bei einer Leiharbeitsfirma für jeweils vier Monate. Das Nettoeinkommen dieses Vollzeitjobs lag nur knapp über der Armutsgrenze. Holger W. leidet unter Depressionen und hat Herz-Kreislaufprobleme. Herzinfarkt ist keine Manager-, sondern eine Armuts-Krankheit. Die Lebenserwartung von Holger W. ist gegenüber Männern mit einem normalen Einkommen um fast elf Jahre verkürzt. Bei von Armut bedrohten Frauen ist die durchschnittliche Lebenserwartung etwa sieben Jahre kürzer. Holger W. lebt zunehmend isoliert. Ein Bier mit Freunden? Schön wär's: Sein Budget für »Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen« im Hartz-IV-Regelsatz beträgt 27 Cent pro Tag. Weitere Bildung, der angebliche Königsweg aus der Arbeitslosigkeit? Zu teuer: Sein Etat für Bildung beträgt fünf Cent am Tag. Seine Chancen, einen Job im Ersten Arbeitsmarkt zu bekommen, sind nur unwesentlich größer als vom Blitz erschlagen zu werden.

# »Die Politik muss auch was für Arbeitslosengeld-2-Empfänger tun!«

Landessozialpfarrer Matthias Jung zu Hartz IV und den Konsequenzen

**MAIZEITUNG: Sie haben sich wissenschaftlich mit Hartz IV beschäftigt, was für einen Theologen ungewöhnlich ist – warum?**

**Matthias Jung:** Als es mit den Hartz-Gesetzen losging, studierte ich neben meiner Tätigkeit als Pfarrer Erziehungswissenschaften und Sozialpsychologie an der Fernuniversität Hagen mit den Schwerpunkten Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Arbeits- und Organisationspsychologie. Nebenamtlich war ich schon damals für den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt tätig. Da lag das Thema Hartz IV sozusagen in der Luft. Ich wollte wissen, was da mit 1-Euro-Jobs und Co. auf uns zukommt. Zumal wir bis dahin viele Jahre gute Erfahrungen gemacht hatten mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Arbeitslosenprojekten. Oftmals sind mehr als die Hälfte der Maßnahme-Teilnehmerinnen und -teilnehmer anschlie-

hend nicht wieder in die Arbeitslosigkeit gegangen sind. Das brach mit Hartz IV weg.

## Was halten Sie von Hartz IV?

Das ist eine schwierige Frage. Ich habe mich damals mit dem Text beschäftigt, den Peter Hartz vorgelegt hat. Da standen durchaus spannende Sachen drin, die aber später nicht umgesetzt wurden. Aus meiner Sicht hat Hartz IV vor allem dazu geführt, dass sich unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern große Angst und Unsicherheit ausgebreitet hat, weil es im Gesetzestext heißt: Ein Jahr gibt es Arbeitslosengeld I, und dann fällt man in Hartz IV.

## SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz will bei der Agenda 2010 Fehlentwicklungen korrigieren. Was will er korrigieren, und was sagen Sie dazu?

Was bisher an Vorschlägen von Martin Schulz gekommen ist, eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes I (ALG I) und Geld in die Qualifizie-



Matthias Jung

Foto: Ulrich Tatje

rung zu stecken, das ist alles gut und richtig. Das nimmt bei Menschen, die ALG I bekommen, diese Angst ein Stück raus. Bislang sagt Martin Schulz aber nichts zu den ALG-2-Empfängern. Das ist die Klientel, die mir als kirchlicher Mensch am meisten am Herzen liegt, weil genau diese Menschen in unserer Gesellschaft keine Lobby haben und meist vergessen werden. Das ist aus meiner Sicht skandalös. Da müsste ebenfalls angesetzt werden. Sonst haben wir diese Neiddebatte nach dem Motto: Den Flüchtlingen wird alles Mögliche angeboten, aber wer tut eigentlich was für uns? Ich bin nach wie vor der Meinung, ein gut organisierter zweiter Arbeitsmarkt mit öffentlich finanzierter Beschäftigung könnte langzeitarbeitslosen Frauen und Männern eine Anstellung zu verschaffen, die sie auf dem freien Markt nie bekommen. Erwerbsarbeit ist nun einmal ein wesentlicher Faktor, um am gesellschaftlichen

Leben teilhaben zu können. Und sie ist ein tiefer Quell der Zufriedenheit, weil ich etwas in und für die Gesellschaft leisten kann.

## Wird Martin Schulz seine Versprechen tatsächlich einlösen, wenn er Bundeskanzler wird? Schließlich galt er bisher als einer der Verfechter der Agenda 2010.

Das kann ich überhaupt nicht beurteilen. Das hängt auch davon ab, mit wem er hinterher koalitiert. Aber ich finde es gut, dass die Fragen von sozialer Gerechtigkeit und Veränderungen der Agenda 2010 überhaupt mal wieder im öffentlichen Raum diskutiert werden. Die große alte Volkspartei SPD lockt damit die anderen urplötzlich aus der Reserve. Die Arbeitgeberverbände haben ja relativ schnell und heftig reagiert. Das zeigt doch, wie wichtig es ist, diese Debatte anzuleiern. Das bringt dieses Gefühl, »es ändert sich ja doch nix«, in Bewegung. Dieses Gefühl ist nicht gut. Es nützt am Ende nur denen, die unser demokratisches System grundsätzlich infrage stellen wollen.

## Welchen Schwerpunkt haben Sie sich als neuer Landessozialpfarrer für Ihre Arbeit gesetzt?

Aus meiner Sicht stehen wir in den nächsten zehn Jahren vor der Aufgabe, unser gesamtes ökonomisches und gesellschaftliches Leben auf den Prüfstand zu stellen und zu schauen, wie kriegen wir die ökologische Transformation hin, um die Klimaziele zu erreichen. Wenn wir diese zwei Grad Erderwärmung reißen oder deutlich überschreiten, dann werden viele Dinge auf unserem Planeten nicht mehr möglich sein. Das ist die große Frage, die mich umtreibt und die ich gern mit Leidenschaft und Überzeugung in gesellschaftliche Diskussionen einbringen möchte. ▀

## Zur Person

Seit August vergangenen Jahres ist Matthias Jung neuer Landessozialpfarrer der ev.-luth. Landeskirche Hannovers und leitet den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA). Der 55-Jährige löste Michael Klatt ab, der in den Ruhestand gewechselt ist. Aufgewachsen ist Jung im hessischen Wetzlar und studierte in Marburg Theologie. Nach der zweijährigen praktischen Ausbildungsphase zum Pfarrer in Düsseldorf war er von 1990 bis 2014 Gemeindepfarrer in der Stadt Voerde am Niederrhein. Genauso lange engagierte er sich schon nebenamtlich im KDA, vor allem in Arbeitslosenprojekten. Zwischendurch studierte er an der Fernuniversität Hagen Erziehungswissenschaften und Sozialpsychologie und schloss das Studium mit einer Magisterarbeit zu Hartz IV ab. Später folgte die Promotion über die »Entgrenzung und Begrenzung von Arbeit«. Vor drei Jahren wechselte Jung auf eine Pfarrstelle beim KDA nach Osnabrück und war dort bis nach Ostfriesland als Referent tätig. Als heutiger Landessozialpfarrer ist Matthias Jung auch Fachbereichsleiter für alle arbeitsweltbezogenen Themen sowie Klima- und Umweltschutz. Er lebt noch in Osnabrück, will aber im Laufe dieses Jahres nach Hannover ziehen, ist glücklich verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

# Digitalisierung: »Wir brauchen gesetzliche und tarifliche Regeln!«

Die Digitalisierung der Arbeitsplätze stellt die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Allein für die Versicherungsbranche rechnen Fachleute in den nächsten zehn Jahren mit Arbeitsplatzverlusten zwischen 25 und 50 Prozent. Stichworte sind dabei Systeme zur Steuerung von Arbeitsvorgängen, Überwachung und Mengenzählung sowie die Automatisierung von Geschäftsabläufen. ver.di hat deshalb für die kommende Tarifrunde in der Versicherungsbranche die Beschäftigungssicherung wieder ganz nach oben geschoben. Aufgrund der Digitalisierung werden Aufgaben und Arbeitsabläufe entfallen, die bisher sozial abgesicherte und vernünftig bezahlte Kolleg(inn)en erledigen. Das könne auch durch Start-up-Firmen geschehen, die ganze Geschäftsfelder verändern könnten, erläutert VGH-Personalratsvorsitzender Jochen Berendsohn. Zudem drängten branchenfremde Unternehmen wie Autohersteller in den Versicherungsbereich. Oft ist zu hören, dass im Zuge der Digitalisierung zwar Arbeitsplätze wegfallen, aber zugleich neue entstehen. »Das sind dann aber viel zu häufig schlecht bezahlte und nicht mehr sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse«, mahnt Berendsohn, »etwa als Scheinselbstständige beschäftigte Crowdworker.« Der immer härter werdende Wettbewerb werde so durch Kostendrückerei zunehmend auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

## Hamsterrad beschleunigt sich

»Wir brauchen gesetzliche und tarifvertragliche Regeln, damit wir nicht noch stärker zu Lasten der Arbeitsbedingungen in den Wettbewerb gehen«, fordert Berendsohn. »Digitalisierung und soziale Sicherheit schließen sich



Foto: shutterstock

nicht aus.« Der Arbeitsmarkt brauche mehr Regulierung. Das beginne bei der Frage, wie Arbeitszeitgrenzen eingehalten und Arbeitsbestimmungen bei Teleheimarbeit sowie mobilem Arbeiten gestaltet werden und gehe bis zum Verbot von sachgrundlosen Befristungen. Alleine mit betrieblichen Regeln komme man da kaum weiter, betont er. Die Politik sei deshalb gefordert. In Teilbereichen der klassischen Versicherungsbearbeitung werde so etwas wie ein Dienstleistungsfließband eingeführt. »Die Digitalisierung verstärkt die Zergliederung von Aufgaben und die Prozessorientierung. Das Hamsterrad für die Beschäftigten beschleunigt sich, die Fremdbestimmung bei der Arbeit nimmt zu und die Krankheitsquoten steigen.« Eine repräsentative DGB-Umfrage kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Danach gaben 46 Prozent der Beschäftigten an, dass ihre Arbeitsbelastung durch die Digitalisierung größer geworden sei. Nicht einmal jeder Zehnte berichtete von einer geringeren

Belastung. Viele Arbeitnehmer/innen klagen laut Umfrage über mangelndes Mitspracherecht, wie digitale Anwendungen eingesetzt werden.

Im Gegensatz zu vielen anderen Dienstleistungsbranchen gibt es in der Versicherungsbranche noch einen Flächentarifvertrag. »Dieser ist das wichtigste Instrument, um einem Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen, längsten Arbeitszeiten, niedrigsten Löhne und möglicherweise noch die schlechtesten Gesundheitsprogramme einen Riegel vorzuschieben«, sagt Berendsohn. »Das ist leider vielen Kolleginnen und Kollegen noch nicht bewusst. Wir brauchen dringend einen höheren Organisationsgrad!« Für häusliche Arbeitsplätze stelle die VGH die Arbeitsmittel zur Verfügung und zahle eine monatliche Aufwandspauschale, nennt er ein Beispiel. Andere Unternehmen erwarten dagegen von ihren Beschäftigten, eigene Arbeitsmittel zu nutzen. Das setze die betriebliche Regelung bei der VGH unter Druck, berichtet er. »Um diese auf Dauer zu sichern, bedarf es einer tarifvertraglichen Regelung.«

## Digitalisierung als Chance für bessere Arbeitsbedingungen

Wo es möglich ist, nutzen die Personal- und Betriebsräte die Chancen der Digitalisierung für eine Humanisierung der Arbeitswelt: durch Betriebs- oder Dienstvereinbarungen zur Teleheimarbeit, zu mobilem Arbeiten und flexiblen Arbeitszeiten im Sinne der Beschäftigten - etwa in der hannoverschen Stadtverwaltung. Gesamtpersonalrat und Stadtverwaltung standen zum Redaktionsschluss kurz vor dem Abschluss einer Dienstvereinbarung zur Telearbeit, welche auch die mobile Arbeit umfasst. In die Vereinbarung eingeflossen sind die bestehenden Regelungen zur Teleheimarbeit. Danach können Beschäftigte, die als mobile Telearbeiter/innen unterwegs sind, mit Laptop oder Tablet auf die städtischen Dateisysteme zugreifen. Die Arbeitgeberin stellt bei Teleheimarbeit die Arbeitsmittel bis hin zu Schreibtisch und Stuhl im häuslichen Büro zur Verfügung. Damit die neue Arbeitswelt auch tatsächlich zum Vorteil der Beschäftigten gereicht, hat der Gesamtpersonalrat eine Reihe von Anforderungen formuliert (siehe Kasten). ▀

## Dem Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt ist bei Telearbeit besonders wichtig:

- Keine Mehrbelastung durch ständige Erreichbarkeit.
- Keine Verhaltens- und Leistungskontrolle.
- Keine Ausweitung der Arbeitszeit über die bestehenden Regelungen hinaus.
- Schulungen zum Umgang mit Telearbeit, neuer Hardware und zur Selbstorganisation.
- Aufspüren möglicher gesundheitlicher Gefahren auch bei mobiler Telearbeit, um so die neuen Arbeitsbedingungen optimal an die Menschen anzupassen.
- Die Teleheimarbeit darf nicht mehr als 40 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit betragen, um eine Einbindung in den Betrieb sicherzustellen.
- Nach ein bis zwei Jahren eine Bewertung der Telearbeit unter Beteiligung der Mitarbeiter/innen, Führungskräfte und Fachstellen.

# AfD macht Politik auf dem Rücken der Beschäftigten

Gern verkauft sich die AfD als »Anwalt der kleinen Leute«, gegen »die da oben«. Viele AfD-Wähler/innen kommen aus dem Kleinbürgerum und der Mittelschicht. Sie haben Angst vor sozialem Abstieg. Dass auch Arbeitslose die AfD wählen, hat sicher viel mit dem Frust über andere Parteien zu tun. Die AfD ist aber keine Protestpartei und auch kein »Anwalt der kleinen Leute«. Zwar gibt es teilweise auf den ersten Blick wohlklingende sozialpolitische Äußerungen, die aber sehr vage bleiben. Das Parteiprogramm und manche Äußerungen von Funktionär(inn)en zeichnen ein anderes Bild, was sich aber oft erst bei genauerem Hinsehen zeigt.

Die AfD will Steuern für Vermögende weiter senken oder ganz abschaffen, etwa die bisher nur ausgesetzte Vermögenssteuer und die Erbschaftssteuer. Statt Steuerhinterzieher/innen mit mehr internationalem Datenaustausch zu verfolgen, fordert die AfD weniger Datenaustausch und ein erweitertes Bank- und Steuergeheimnis. Das ist eine Politik für Privilegierte. Der Staat verliert so weitere Einnahmen für soziale und andere Aufgaben. Das geht vor allem zu Lasten der

»kleinen Leute«, für die sich die AfD angeblich so sehr einsetzt. Gleiches gilt für andere Forderungen dieser Partei, etwa die Streichung der Gewerbesteuer. Davon betroffen wären vor allem die Kommunen, die dann zu Lasten der Einwohner/innen Leistungen kürzen und Gebühren anheben müssten. Die Rechtspopulisten wollen die ermäßigten Mehrwertsteuersätze von sieben Prozent abschaffen, was insbesondere Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitslose treffen würde. Mehrausgaben, etwa für Lebensmittel schlagen hier besonders zu Buche. Die AfD will die Arbeitslosenversicherung abschaffen und die Lebensarbeitszeit über 67 Jahre hinaus verlängern. Parteichefin Frauke Petry will die Rente erst ab 70 und das Rentenniveau noch weiter senken als bisher geplant.

Zusätzlich zur »Schuldenbremse« soll laut AfD-Programm eine Steuer- und Abgabenbremse ins Grundgesetz. Damit sind Steuersenkungen praktisch nicht mehr rückgängig zu machen. Die staatliche Handlungsfähigkeit wäre dauerhaft gefährdet. Auch wenn sie den gesetzlichen Mindestlohn mitt-

lerweile akzeptiert hat, betreiben die Rechtspopulisten eine Politik zugunsten der Arbeitgeber. Die AfD will weniger Regeln für Unternehmen und mittels Kombilohn die Lohnkosten zu Lasten der Steuerzahler/innen senken.

Die AfD zielt auf Protestwähler/innen, von denen sich viele als diskriminiert und »abgehängt« sehen. Um diese nicht abzuschrecken, bleibt die Partei in der Sozialpolitik zum Teil sehr vage. Anstelle von Hartz IV spricht sie sich für eine »aktivierende

Grundsicherung« aus. Wie hoch diese Leistung sein soll, bleibt im Programm der Partei offen. Der Begriff »aktivierende Grundsicherung« kommt ursprünglich von der FDP. Der heutige Chef der Liberalen, Christian Lindner, hatte ihn vor etwa acht Jahren benutzt. Damit verband er die Forderung nach einem Bürgergeld. In dieser Leistung sollen alle steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates zusammengefasst werden. Im Ergebnis hätten viele Arbeitslose noch weniger Geld als mit Hartz IV. ▀

## Kommentar der Redaktion

Wer als Beschäftigte oder Beschäftigter, aber auch als Arbeitsloser die AfD wählt handelt gegen seine eigenen Interessen. Mit ihrer Stimmungsmache gegen Geflüchtete betreibt die Partei zugleich eine Sündenbockpolitik. Sie knüpft dabei an die Angst vor den Fremden an, die besonders bei einfach Gebildeten anzutreffen ist. Viele Menschen in prekären Lebenslagen sehen Geflüchtete nicht nur als Fremde, sondern auch als Konkurrenten. Es ist daher Aufgabe der Politik, den Bürger/innen Ängste zu nehmen, wo dies möglich ist. Soziale Sicherheit nimmt vielen die Angst, zumindest vor dem eigenen Absturz und auch vor Migrant(inn)en, wo diese als Konkurrent(inn)en um Sozialleistungen wahrgenommen werden. Gute Politik nimmt also Angst, anstatt sich ihrer zu bedienen. Insofern macht die AfD tatsächlich eine schlechte Politik. Diese Politik, die Geflüchtete zum Problem macht und zugleich die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft ignoriert, verschleiern die wahren Ursachen der gesellschaftlichen Verwerfungen und sozialen Ungleichheit. Aber vielleicht ist genau das die Aufgabe der AfD. ▀

## Sylt für Kinder- und Jugendgruppen



»Heim an der Düne« in Hörnum auf Sylt

- Freizeiten, Fahrten und Ferien für Kinder und Jugendliche
- Gruppenräume und große Terrasse für allerlei Aktivitäten
- Eigener Zugang zum Badestrand und auf kurzem Weg ins Wattenmeer
- Bushaltestelle direkt vorm Haus

Informationen unter: Jugendpflegeverein der AWO Region Hannover e.V., Deisterstr. 85 A, 30449 Hannover  
Tel.: 0511/219 78-176 - kurunderholung@awo-hannover.de - www.awo-hannover.de

ZUKUNFT GESTALTEN

## Bildung mit uns!

ARBEIT UND LEBEN Ihr kompetenter Bildungspartner für:

- Industriemeisterkurse (berufs- und schichtbegleitend)
- Bildungsurlaube
- Seminare für Betriebs- und Personalräte
- Beratungsangebote und Hauptschulabschlusskurse für junge Erwachsene
- Sprachkurse und Qualifizierungsangebote für Migrant/innen



Bildungsprogramme und Infos an unserem Stand oder über 0511 12105-0  
www.aul-nds.de  
www.facebook.com/aul.nds



# »Keinen AfD-Anträgen zustimmen, falsche Aussagen widerlegen«

Bei der vergangenen Kommunalwahl ist die AfD in Fraktionsstärke in zahlreiche Räte und Kreistage eingezogen. Viele Kommunalpolitiker/innen sind unsicher, wie sie mit dieser Partei umgehen sollen. Im Gespräch mit der MAIZEITUNG gibt Henriette Quade, Innenpolitikerin der Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Tipps.



**HENRIETTE QUADE (32)** ist seit 2011 Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt. Ihre Themenschwerpunkte sind Rechtsextremismus und rechte Bewegungen, welche die Innenpolitikerin seit der Jahrtausendwende auch außerparlamentarisch begleitet. Seit der Landtagswahl im vergangenen Jahr konnte Quade außerdem viel praktische Erfahrung im Umgang mit der AfD im Parlament sammeln.

Foto: privat

**MAIZEITUNG: Was raten Sie beim Umgang mit der AfD in Stadtrat und Kreistag?**

**Henriette Quade:** Ich habe großes Verständnis für die Verunsicherung, auch gerade dann, wenn man sich rein formal gemeinsam mit der AfD in der Oppositionsrolle befindet. Grundsätzlich ist mein Rat, sich nicht verunsichern zu lassen – denn entscheidend sind die politischen Inhalte und nicht die Oppositionshaltung.

**Was tun, wenn die AfD einen »guten« Antrag einbringt?**

Man darf solchen Anträgen, so harmlos sie auch klingen mögen, nicht zustimmen. Alles andere wäre eine Normalisierung einer rechtspopulistischen und zuweilen rechtsradikalen Partei.

**Kann sich diese Partei dann nicht in der Opferrolle gefallen? Schließlich sagen viele Menschen, es geht doch um die Interessen der Einwohner/innen vor Ort.**

Die Opferrolle nimmt sie so oder so ein, das ist Methode der AfD. Gerade dort, wo sich die Menschenverachtung der AfD hinter dem vermeintlichen Lokalbezug, dem vermeintlich harmlosen Eintreten für die Sache vor Ort versteckt, muss man deutlich machen: Der AfD geht es nicht um die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen. Ihr geht es um das Durchsetzen ihrer Programmatik.

**Wie sollte man ganz konkret mit solchen »guten« Anträgen umgehen?**

Man kann zum einen versuchen, schneller zu sein. Das heißt, die guten Anträge selbst zu stellen. Gerade in der ehrenamtlichen Ratsarbeit kann es aber passieren, dass man das nicht schafft. Dann kann man ähnliche Punkte in einen eigenen Alternativ- oder Änderungsantrag schreiben und ergänzen mit Punkten, die die grundsätzliche Differenz deutlich und nicht zustimmungsfähig für die AfD machen: Etwa durch Bekenntnisse zu Antifaschismus, kultureller Vielfalt, zur Flüchtlingshilfe, also zu Dingen, die für die AfD des Teufels sind. Wenn zum Beispiel die AfD ehrenamtliches Engagement ehren möchte, kann man das Ansinnen aufgreifen und beschreiben, welche Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler man ehren würde: Zum Beispiel können Geflüchtetenhelfer dabei sein oder Leute aus Bündnissen gegen Rechts.

**Wie sollte man reagieren, wenn AfD-Vertreter/innen gegen Geflüchtete hetzen und dabei an weit verbreitete Vorurteile andocken? Etwa nach dem Motto: Flüchtlinge bringen Kriminalität.**

Der AfD geht es darum, Stimmungen zu schüren. Es ist wichtig, das zu widerlegen und die Absicht deutlich zu machen, die dahinter steckt. Das ist leichter gesagt als getan. Da braucht es Schlagfertigkeit, sodass ich jedem nur empfehlen kann, die von verschiedenen Trägern und Fachleuten angebotenen Argu-

mentationstrainings gegen Stammtischparolen mitzumachen, um sich so Handlungssicherheit zu verschaffen.

**Nicht alle AfD-Kommunalpolitiker/innen sind Rassist(inn)en. Nicht wenige scheinen gesellschaftlich und politisch uninformativ, manche geradezu verwirrt zu sein. Wie sich diesen Leuten gegenüber verhalten?**

Die müssen sich grundsätzlich fragen lassen, warum sie sich von Leuten vertreten lassen, die keinen Zweifel an ihrer Gesinnung aufkommen lassen, wie Björn Höcke oder André Poggenburg, der Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, der auch im Bundesvorstand der AfD sitzt. Die bemühen die Sprache des Nationalsozialismus und feiern die nationalsozialistischen Ideen als politisches Ziel der AfD.

**Wie sollten Politiker/innen anderer Parteien reagieren, wenn sie von AfD-Abgeordneten im oder außerhalb des Kommunalparlaments, etwa beim Einkaufen, höflich angesprochen werden?**

Das ist eine Entscheidung, die jeder selbst treffen muss. Ich wünsche den AfD-Abgeordneten keinen Guten Tag. Ich pflege keine Kommunikation mit ihnen und betreibe eine sehr bewusste Aus- und Abgrenzung.

**Besteht dann nicht die Gefahr eines Solidarisierungseffekts mit der AfD?**

Diese Gefahr besteht durchaus. Aber ich kann meine Abweisung sehr gut begründen. Wenn uns die AfD als »Volksverräter« beschimpft, als »links-grün versiffetes Pack«, die Akteure an den Hochschulen als »linkes Lumpenpack« bezeichnet, von denen die Universitäten »gesäubert« werden müssten, dann hat diese Partei nicht das Recht, sich über Debattenkultur oder Höflichkeitsfloskeln zu beschweren.

**Sollten sich Kommunalpolitiker/innen an Demonstrationen beteiligen, bei denen mit Trillerpfeifen und manchmal sogar mit körperlicher Gewalt versucht wird, eine AfD-Veranstaltung zu verhindern?**

Ich halte zivilgesellschaftlichen Protest immer für notwendig und begrüße es deshalb, wenn sich kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auch bei außerparlamentarischen Gegenveranstaltungen engagieren. Von gewaltsamen Auseinandersetzungen halte ich nichts, wohl aber von Mitteln des zivilen Ungehorsams, sprich Blockaden.

**Können sich die Rechten dann nicht als verfolgte Unschuld präsentieren?**

Wie gesagt, diese Pose der verfolgten Unschuld nehmen sie immer ein. ▀

## Null Toleranz bei Rechtspopulismus im Betrieb

Wie die übrige Gesellschaft ist auch der Betrieb nicht vor Rassismus und Rechtspopulismus gefeit. Die gewerkschaftlichen Betriebsräte steuern mit verschiedenen Mitteln dagegen. Das beginnt bei Information und Aufklärung sowie Schulungen von Vertrauensleuten – und im Extremfall kann es sogar bis zur Kündigung gehen. So geschehen beim Gleitlagerhersteller RENK in Hannover. In dem mittelständischen Betrieb mit seinen rund 350 Beschäftigten gibt es eine klare Absprache zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertretung, beim Thema Rechtspopulismus Null Toleranz an den Tag zu legen. Kein Wunder, denn das Unternehmen exportiert 70 Prozent seiner Produkte und hat weltweite Kundenkontakte. Da will und kann man so etwas nicht dulden.

Vor einiger Zeit musste einem Mitarbeiter gekündigt werden. Er hatte sich nachts im Betrieb vor einer Maschine fotografieren lassen und stellte das Bild auf eine Internetseite mit zahlreichen rechtsgerichteten Emblemen. In einem anderen Fall wurde der Betriebsrat auf einen Mitarbeiter aufmerksam, der sich Häme von seinen Kolleg(inn)en anhören musste, weil er einen Geflüchteten etwa bei Behördengängen unterstützte. »Das ging bis zu Anfeindungen in den Frühstückspausen«, berichtet Nicola Lopopolo, Betriebsratsvorsitzender bei RENK. Der italienischstämmige Gewerkschafter ist besonders für das Thema sensibilisiert, weil er in seiner Kindheit als Außenseiter behandelt und als »Spagettifresser« bezeichnet wurde. Mittlerweile sei das Mobbing gegen den Mitarbeiter komplett abgeebbt, sagt Lopopolo, »weil

alle wissen, dass das unter Beobachtung steht«. Ob es hinter verschlossene Türen trotzdem weitergehe, wisse er nicht.

Für den Betriebsrat sei es meist schwer, eine rechte Gesinnung auszumachen. »Einschlägige Gespräche ebbten schnell ab, wenn ein engagierter Kollege dazukommt.« Wenn sich rechtspopulistische Ansichten im Betrieb zeigten, gehe es oft um ein vermeintliches »Sozialschmarotzertum«, weiß Lopopolo zu berichten. »So nach dem Motto, Flüchtlinge kriegen mehr als Hartz-IV-Bezieher und dann noch von unseren Steuergeldern.« Auch vermeintliche Vergewaltigungen durch Flüchtlinge spielten eine Rolle. Beides sei meist nach Medienberichten ein Gesprächsthema, wo man aber schnell eingreifen und falsche Aussagen durch Fakten richtigstellen könne. ▀

## Kampagne wirbt für Kurswechsel in der Rentenpolitik

Zu Bundestagswahl macht der DGB mobil für eine Stärkung der gesetzlichen Rente und damit gegen eine massenhaft drohende Altersarmut. Um das Thema in den Wahlkampf zu bringen, hat man sich einiges einfallen lassen. So ist im Rahmen der bundesweiten Rentenkampagne unter dem Motto »Rente muss für ein gutes Leben reichen!« am 31. Mai eine Pendleraktion geplant. Um die Arbeitnehmer/innen mit den DGB-Forderungen für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik zu erreichen, geht es an diesem Tag auf die Straßen und in die Bahnhöfe. Neben Informationsmaterial werden Kaffee und Tee sowie Müsliriegel und andere Leckereien verteilt. Eine ähnliche Aktion war schon bei der Mindestlohnkampagne sehr erfolgreich.

Die bundesweite Kampagne wird in den Bezirken durch eigenständige Aktionen unterstützt. Im Bezirk Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt tourt eine »Renten-Ente« durch die Städte. Das umfunktionierte Auto macht als öffentlichkeitswirksamer Eyecatcher Station vor Ort und hat viele Überraschungen



in petto. Geplant ist etwa, einen Film zur Rente zu zeigen, mit einem Rentenclip das Thema auch musikalisch zu begleiten und das Ganze mit weiteren bunten Aktionen abzurunden.

Seit September fährt bereits eine Stadtbahn durch Hannover und wirbt mit der Aufschrift »Kurswechsel: Die gesetzliche Rente stärken!« für die DGB-Forderungen. ▀

Dimitra P., 33 Jahre, Aushilfe in einer Großküche.

Weitere Informationen: [www.rente-muss-reichen.de](http://www.rente-muss-reichen.de)

# Diyarbakir – eine kurdische Stadt im Ausnahmezustand

Ein Augenzeugenbericht von Heidi Merk. Die ehemalige niedersächsische Sozialministerin hat die Kurdenmetropole im Südosten der Türkei besucht, um den Gerichtsprozess gegen Co-Bürgermeister Firat Anli zu verfolgen. Sie engagiert sich seit langem im Freundeskreis Hannover-Diyarbakir.



Co-Bürgermeister Firat Anli war zusammen mit der Bürgermeisterin im vergangenen Jahr von der türkischen Regierung verhaftet worden. Ein Staatskommissar nahm die Arbeit auf. So erging es den meisten Bürgermeister/innen kurdischer Städte.

Bei meinem Besuch in Diyarbakir herrschte angespannte Ruhe. Die Menschen verhalten sich ängstlich und still, sind eingeschüchtert. Die Fröhlichkeit und Vitalität, die Diyarbakir vor der Verhängung des Ausnahmezustands kennzeichnete, ist verschwunden. Panzer, Wasserwerfer und unzählige Bewaffnete sind auf den Strassen. Mehr als 8.000 zusätzliche Polizist(inn)en haben ihren Dienst aufgenommen. An vielen Straßenecken sind Wachhäuschen errichtet, zahlreiche Straßen sind gesperrt. Die Bevölkerung hat Angst vor Willkür. Das zentrale Rathaus und die Rathäuser in den Stadtteilen sind von hohen Sperrgittern umgeben. Die meisten Einrichtungen wie der städtische Kindergarten, das Theater, Jugend- und Fraueneinrichtungen sind geschlossen. Das kulturelle Leben ist erloschen, weil nicht mehr erwünscht.

In Diyarbakir ist ein historischer Stadtteil hinter Absperrungen verschwunden – und mit ihm bedeutende Kirchen,

#### SPENDENKONTO

S.A.Z. Kinderhilfswerk e. V.

IBAN:

DE14512207001032503003

BIC: TCZBDEFFXXX

Moscheen und Gebäude. Der Stadtteil Sur innerhalb der historischen Stadtmauer wurde zu fast 100 Prozent von der türkischen Regierung unter Beschlag genommen. Das vom Militär zerstörte Altstadtviertel ist mit großen Betonplatten zugemauert. Fenster an Häuserruinen klappern gespensisch im Wind. Die Bewohner/innen haben keinen Zutritt mehr. Niemand soll sehen, wie eine mehr als 2.000 Jahre alte Kulturgeschichte verloren gegangen ist. An der Stadtmauer, die vor zwei Jahren von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt worden war, wurde ein stark bewachter Zugang für Lastwagen geschaffen. Tag und Nacht karren die Laster Schuttberge aus dem ummauerten Stadtteil.

»Kann es überhaupt noch eine Steigerung der Unterdrückung geben?«, fragen sich die Menschen. Inzwischen ist die Mehrheit der städtischen Mitarbeiter/innen entlassen worden. Sie müssen zusehen, wie sie klarkommen. Geld bekommen sie nicht. Krankenhausärzt(inn)en wurde die Approbation aberkannt. »Wie soll so das Leben überhaupt noch weitergehen?«, fragen Viele verzweifelt.

Deshalb rufe ich Alle auf: Seid solidarisch mit Diyarbakir und allen anderen kurdischen Städten, denen es genauso geht. Helft den Menschen zu überleben! ▀

## KABARETT AM VORABEND

### Robert Griess: »Hauptsache, es knallt!«

Aktuell. Aberwitzig. Abgefahren. Und mehr als nur Kabarett.



30.04.2017

DGB-Festzelt am Neuen Rathaus (Festwiese)

Ob in Politik, Wirtschaft oder Medien, ob Putin, Trump oder Seehofer, ob in Syrien, Sachsen oder in der Stammkneipe – überall lautet das Motto: Hauptsache, es knallt! Und wie! Im neuen Programm des Kölner Kabarettisten Robert Griess wird scharf geschossen: mit Pointen, Gags und aberwitzigen Szenen. Die »schnellste und frechste Klappe von Köln« (Kölner Stadt-Anzeiger) »zielt, schießt und trifft immer ins Schwarze« (Bonner Rundschau). Sein geschickter Hinterhalt als Sympathieträger eröffnet ihm alle Möglichkeiten, das Bigotte in der Politik umso überraschender zu karikieren. Das Publikum kann sich endlich über all jene Themen amüsieren, die sonst nur schlechte Laune machen. ▀

Beginn: 20.00 Uhr

Einlass: 19.00 Uhr

Vorverkauf an den bekannten

Vorverkaufsstellen:

14,10 Euro\*

Abendkasse:

13,00 Euro\*

\*Im Verkaufspreis ist die Nutzung des GVH enthalten.

## Die Mainelke – mehr als nur eine Fahrkarte

Kommentar von Steffen Holz

Mit dem Verlust der Mainelke als Fahrausweis für Busse und Bahnen im gesamten Tarifgebiet des Großraumverkehrs Hannover (GVH) geht nach dem Klagesmarkt als Ort der Maikundgebung eine weitere jahrzehntelange Tradition der hannoverschen Gewerkschaften verloren. Zu diesen beiden Punkten kommt drittens, dass es die Mainelke auf Beschluss der Gewerkschaften im DGB-Bundesvorstand nur noch in Form des Maipins geben wird – die Mainelke aus Kunstseide wird es so nicht mehr geben. Alle drei Ereignisse haben völlig unabhängige Ursachen, und haben

dennoch eine sich gegenseitig beeinflussende Wirkung, die leider nicht positiv wirkt. Aus diesem Grunde ist der historische Werdegang der Mainelke in Erinnerung zu bringen: Die Mainelke als Symbol der Arbeiterbewegung wurde anlässlich des 100. Jahrestages des Sturms auf die Bastille 1889 auf einem Kongress der II. Internationale gemeinsam mit der Durchführung eines Tags der Arbeit in Paris beschlossen. Beides steht somit in einer tiefen Tradition des Kampfes für Freiheit und Demokratie. Aus Hannover nahm daran der Gewerkschafter und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Wilhelm Meister daran teil. Der 1. Mai als Internationaler Tag der Arbeiterbewegung wurde erstmals 1890 begangen; damals in Deutschland noch unter den Einschränkungen des Sozialistengesetzes. Mit dem sichtbaren Tragen der Mainelke unterliefen die Kolleginnen und Kollegen damit nicht nur die Verbote der Bismarckregierung. Gleichzeitig wurden die mit dem Verkauf der Nelken gesammelten Spenden nicht nur für die Durchführung der Maifeiern genutzt. Diese Einnahmen dienten auch dem Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen in einer Zeit, in der durch reguläre Mitgliedsbeiträge regelmäßige Einnahmen zum Aufbau und Betrieb legaler Gewerkschaften nicht möglich waren. Erst viel viel später – in den 1980er Jahren – kam dann sozusagen als Sahnehäubchen noch die Nutzung der Mainelke als Fahrschein hinzu. Dass die Steuerverwaltung die Nutzung der Mainelke zur Personenbeförderung nunmehr unterbunden hat, ist sicherlich ärgerlich. Darum sollten wir uns umso mehr an die eigentliche Bedeutung erinnern: Die Mainelke ist und bleibt ein Symbol für die Ziele und die Rechte der Gewerkschaften. ▀



Salif Keita

Aus 11 Abenden wird es Konzerte mit Künstlerinnen und Künstlern aus 16 verschiedenen Ländern geben. Neben Highlights wie **Salif Keita** am 13. Mai im Pavillon wird auch junge – hier noch unbekannte Bands – auftreten, die neue Entwicklungen in der Weltmusik einbeziehen mit grenzüberschreitenden Musikproduktionen aus den Bereichen HipHop, Dance und Elektro. Aus Kuba z.B. Sängerin und Perkussionistin **Yaite Ramos Rodriguez** am 19. Mai, alias **La Dame Blanche**, einen kraftvollen und überzeugenden Sound. Ein Mix aus Hip Hop, Cumbia, Dance-



Omar Sosa



Inna Modja

hall & Reggae. Und der virtuose Pianist **Omar Sosa**, der mit der **NDR Bigband** am 18. Mai auftritt. Neben **Salif Keita** ist am 20. Mai auch eine junge Künstlerin aus Mali dabei. **Inna Modja** begann in ihre Karriere bei ihrem Nachbarn **Salif Keita**, der sie in seine Rail Band aufnahm. **Inna Modja** präsentiert Soul, Afro-Blues und Electro-Pop.

**Am letzten Wochenende spielen UNESCO City of Music Bands umsonst und draußen auf dem MASALA Weltmarkt.**

**Mehr Infos: [www.masala-festival.de](http://www.masala-festival.de) ▀**

#### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Steffen Holz

Redaktion: Michael Fleischmann, [info@fleischmann-consult.de](mailto:info@fleischmann-consult.de), Steffen Holz, [steffen.holz@dgb.de](mailto:steffen.holz@dgb.de)

Layout & Satz: Anette Gilke, [mail@anettegilke.de](mailto:mail@anettegilke.de)

Herausgeber: DGB Region, Niedersachsen-Mitte, Hannover

Druck: Druckzentrum Braunschweig